Lübecker Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Lübecker Volksbote" erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Abonnementspreis, einschließlich der Unterhaltungsbeilage „Die Neue Welt", vierteljährlich 2.00 Mk., monatlich 70 Pfg.

Redaktion und Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46. Fernsprecher Nr. 928.

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 30 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 161. Dienstag, den 13. Juli 1915. 22. Jahrg.

Handelspolitische Bewegungsfreiheit!

Dem „Vorwärts" wird geschrieben:

Die Siege der deutschen Truppen in Galizien haben auf diesem Kriegsschauplatz eine Entscheidung herbeigeführt. Das größte Kronland der verbündeten Donaumonarchie ist so gut wie zurückerobert.

Damit ist der Diskussion über das zukünftige Verhältnis der beiden Mittelmächte ein größerer Spielraum gewährt. Allgemein ist der Wunsch nach einer weitgehenden Annäherung und der Uebung eines solchen gegenseitigen Einflusses, daß stets das Höchstmaß politischer, finanzieller und militärischer Leistungsfähigkeit erreicht wird, ohne daß die Handlungsfreiheit eines jeden der beiden Staaten durch ungebührliche Rücksichten gehemmt wird.

Der Mitteleuropäische Wirtschaftsverein hat die Aussprache eröffnet. Auf seiner diesjährigen Hauptversammlung hat er sich für die „möglichste wirtschaftspolitische Annäherung der verbündeten Monarchien" ausgesprochen, ohne sich auf einen konkreten Vorschlag festzulegen. Er hält es nur für geboten, „die Schaffung eines weiten einheitlichen Wirtschaftsgebietes, sei es mit gemeinsamer Zollgrenze und einer den Bedürfnissen beider Volkswirtschaften angepaßten Zwischenzollinie, deren Abbau erst in der Frist einiger Jahrzehnte zu erfolgen hätte, oder durch gegenseitige zollpolitische Vorzugsbehandlung, vor allem auch in Gestalt der Vermehrung der zollfrei eingeführten Waren mit Ausblick auf einen späteren Ausbau dieser Freiliste zu betreiben."

Leider nimmt sich der Mitteleuropäische Wirtschaftsverein zu viel vor. Er kennt nur die Alternative zwischen dem gemeinsamen Zollgebiet mit Zwischenzollinie und der Gewährung einer gegenseitigen Vorzugsbehandlung bei sonst selbständiger Handelspolitik.

Der erste Vorschlag, ein gemeinsames Zollgebiet mit einer Zwischenzollinie zum Schutze der österreichisch-ungarischen Industrie zu gründen, ist mit aller Kraft zu bekämpfen. Drei Parlamente hätten sich auf ein Gesetz zu einigen, das die schwierigste und komplizierteste wirtschaftliche Materie behandelt und das auch nur in einem Parlamente den größten Schwierigkeiten begegnet. Wichtiger ist aber noch ein anderes Bedenken: Deutschland müßte seine handelspolitische Bewegungsfreiheit um ein Linsengericht verkaufen! Der Anteil der Ausfuhr Deutschlands nach Oesterreich-Ungarn beträgt 10,9 Prozent seiner Gesamtausfuhr, nach Großbritannien aber 19,2 Prozent! Wenn die noch einige Zeit nachwirkende Verbitterung des Krieges auch den Absatz Deutschlands in den feindlichen Ländern, die seine wichtigsten Konsumenten sind, schmälert, so werden doch diese kommerziellen Folgen des Weltkrieges bald vergehen. Rußland, Frankreich und England sind die wichtigsten deutschen Märkte, neben denen Oesterreich-Ungarn steht, ohne über ihnen zu stehen. Schließlich wird auch in Oesterreich-Ungarn die Kaufkraft der Bevölkerung empfindlich geschwächt werden. Und das wichtigste: Die Schwäche der österreichisch-ungarischen Industrie wird auch im Zwischenzolltarif so hohe Zollsätze zur Folge haben, daß eine Kompensation für die Aufgabe der vollen handelspolitischen Bewegungsfreiheit nirgends zu erspähen ist.

Der andere Vorschlag, die selbständige Handelspolitik beizubehalten und die wirtschaftliche Annäherung auf die Gewährung besonderer gegenseitiger Vorteile zu beschränken, scheint die gegen den ersten Vorschlag sprechenden Bedenken zu umgehen. Die Folge wäre aber eine große Erschwerung des Abschlusses von Meistbegünstigungsverträgen. Es ergäbe sich folgende Konstruktion: Die beiden Mittelmächte wurden den anderen Staaten die Meistbegünstigung gewähren, dann aber ihren Mitgenuß an den für den Verkehr untereinander zugestandenen Sondervorteilen ausschließen. Da nun schon heute die von Deutschland Oesterreich-Ungarn gewährten Ermäßigungen des allgemeinen Zolltarifes die meisten Vertragspositionen einschließen, würden sich dritte Mächte in einer neuen, für sie sehr unvorteilhaften Lage sehen und mit handelspolitischen Repressalien antworten. Die Folge wäre eine allgemeine hochschutzzöllnerische Aufrüstung.

Nun ist die Schaffung solcher Schwierigkeiten für viele Wirtschaftspolitiker nicht nur nicht ein Nachteil, sondern eine wertvolle Waffe bei den kommenden handelspolitischen Auseinandersetzungen mit den Vierverbandsmächten. So läßt sich das „Berliner Tageblatt" anläßlich der Tagung des österreichisch-deutschen Wirtschaftsverbandes in Wien also vernehmen: „Wie dürfen wir hoffen, in dem wirtschaftspolitischen Feldzug, der sich an den militärischen anschließen wird, erfolgreich zu bestehen, wenn wir bis zu seinem Beginn nicht einmal unsere Basis befestigt und ausgebaut haben?" Schön! Nur muß auch der einleuchtende Beweis geführt werden, daß die nur mit viel Geld zu bauende Basis wirklich tragfähig ist. Ein unwiderstehlicher Druck könnte durch die Verbindung Oesterreich-Ungarns und Deutschlands zu einer handelspolitischen Einheit nur dann auf Rußland ausgeübt werden, um dessen Markt der kommende wirtschaftliche Krieg besonders geführt werden wird, wenn entweder der Vierverband ganz auf die Knie gezwungen wird oder die Verbindung mit Oesterreich-Ungarn Deutschland von dem Zwang befreit, seine Futtermittel aus Rußland zu beziehen. Das erste ist eine dunkle Zukunftsfrage, das zweite eine glatte Unmöglichkeit. Es wäre sogar eher möglich, daß Deutschland durch die Nutzbarmachung des Strohs für die Verfütterung vom Bezuge russischer Futtermittel unabhängiger wird, als durch die Verbindung mit Oesterreich-Ungarn. Der wirtschaftliche Zweibund ist in einem Zollkrieg eine stumpfe Waffe. Wenn dritte Staaten von den Ermäßigungen ausgeschlossen werden, die sich die Mittelmächte im gegenseitigen Verkehr gewähren, werden sie einfach sehr hohe Zollpositionen in den autonomen Zolltarif einsetzen, um sich möglichst viel abhandeln zu lassen, und besonders Rußland wird sich seiner kolossalen Bedeutung als Absatzgebiet der deutschen Industrie sehr wohl bewußt sein. Der Endeffekt einer Vorzugsbehandlung der Mittelmächte unter einander bleibt also die Zollaufrüstung und Erschwerung des internationalen Warenverkehrs, was nach dem Kriege so ziemlich das schädlichste ist.

In einer Resolution erklären überdies die Teilnehmer an der vom Deutsch-Oesterreichisch-Ungarischen und dem Oesterreichisch-Deutschen Wirtschaftsverbande veranstalteten Tagung, daß eine innige wirtschaftliche Annäherung der zwei verbündeten Reiche stattfinden müsse, die vor allem in der möglichsten Annäherung und Uebereinstimmung der wirtschaftlichen Gesetzgebung ihren Ausdruck zu finden habe. Insbesondere wäre ein wirtschaftlicher Bündnisvertrag zu schließen, durch den sich die beiden Reiche zu einer gemeinsamen Handelspolitik gegenüber anderen Staaten verpflichten, und zwar auf Grund zwischen ihnen nach einem einheitlichen Zollschema vereinbarter Außentarife, deren Zollsätze nicht durchweg die gleichen sein müssen, sowie auf Grund einer besonderen, im gegenseitigen Einverständnis auch auf andere Staaten ausdehnbaren Vorzugsbehandlung ihres wechselseitigen Verkehrs, wobei dem aus den wirtschaftlichen Verschiedenheiten der zwei Gebiete sich ergebenden besonderen Schutzbedürfnisse einzelner Warengruppen durch Ausgleichszölle Rechnung zu tragen wäre.

Diese Entschließung fordert eine gegenüber dritten Staaten gemeinsame Handelspolitik unter Gewährung gegenseitiger Vorzugsbehandlung. Alles, was gegen die zweite vom Mitteleuropäischen Wirtschaftsverein angegebene Alternative angeführt worden ist, spricht auch gegen diese Resolution.

Für die Sozialdemokratie sind in der Beurteilung aller dieser handelspolitischen Pläne noch andere Erwägungen maßgebend. Die zollpolitische Angliederung eines so ausgesprochen hochschutzzöllnerischen Staates wie Oesterreich-Ungarn würde die protektionistische Bewegung in Deutschland zum Schaden seiner Konsumenten und seiner weiterverarbeitenden Industrie sehr stärken, ohne daß dieser einseitigen Belastung ein erkennbarer Vorteil gegenübergestellt werden könnte.

Und trotzdem gibt es Mittel und Wege, den Warenverkehr zwischen den Mittelmächten kräftig zu fördern, ohne Deutschlands Freiheit des Entschlusses und Handels einzuschränken und seine Verbraucher ungebührlich zu belasten.

Der Professor an der Wiener Exportakademie Dr. Grunzel hat schon vor einem Jahrzehnt ein sehr beachtliches Programm entworfen:

„1. Vollkommene Freiheit in der autonomen Tarifpolitik, jedoch Gleichförmigkeit im Zollschema und in der Zollbehandlung.

2. Ausbau des Konventionaltarifes zum Zwecke der möglichsten Erleichterung des gegenseitigen Wagenverkehrs.

3. Zusammenarbeit beider Staaten beim Abschluß von Handelsverträgen mit anderen Ländern.

4. Einsetzung einer gemeinsamen Zollkommission zur Schlichtung von Streitigkeiten und Vorbereitung gemeinsamer wirtschaftlicher Maßnahmen.

5. Erweiterung der bestehenden Begünstigungen im Grenz- und Veredlungsverkehr, soweit dies ohne Schädigung der betreffenden Industrie möglich ist.

6. Weitergehende Vereinbarungen und Verbindungen auf dem Gebiete des Eisenbahntarifwesens.

7. Einverständliche Handhabung der Veterinärpolizei.

8. Gemeinsames Vorgehen in wichtigen Angelegenheiten der wirtschaftlichen Gesetzgebung und Verwaltung."

Besonders der letzte Punkt des Wunschzettels verdient alles Lob. Die Schaffung eines gemeinsamen Wirtschafts- und bürgerlichen Rechtes kann eine enge handelspolitische Verschmelzung in ferner Zukunft sehr erleichtern. Dazu gehört aber auch eine freundlichere Behandlung der aus Oesterreich-Ungarn stammenden Ausländer in Deutschland. Ihre Teilnahme an der wirtschaftlichen und politischen Betätigung der deutschen Arbeiterschaft ist zu leicht mit Ausweisung gesühnt worden. Die Erfahrungen dieses Krieges predigen aber die eindringliche Lehre, daß Bündnisse nicht allein in den Kanzleien der Diplomaten gefertigt und gesiegelt werden dürfen, sondern im lebendigen Volksbewußtsein verankert sein müssen.

Von den Kriegsschauplätzen.

Die verschiedensten Meldungen privater Art bestätigen die amtliche Nachricht, daß die Defensivversuche der Russen in der Gegend von Krasnik gescheitert sind und daß der Gegner hier in die Defensive gedrängt wurde. Die russische Gegenoffensive oder, vielleicht besser gesagt, ihre tätige Abwehr, die manchem überraschend gekommen ist, hat ihren zwingenden Grund in der Gesamtlage der russischen Armee. Den Vormarsch der Verbündeten in der Richtung auf Lublin aufzuhalten oder wenigstens zu hemmen ist für die Russen ein Gebot der Notwendigkeit, um nicht zu sagen der Not. Das lehrt nicht nur ein Rückschluß aus den Ereignissen der letzten zwei Monate, das geben die Russen und ihre Verbündeten unumwunden zu. Bemerkenswert ist besonders eine Mitteilung der „Times". Sie erzählen von dem Kriegsrat, den der Zar vor einigen Tagen gehalten habe, und sprechen als Mutmaßung aus, daß sich dieser mit folgenden zwei Hauptfragen beschäftigt hätte: Ob die russischen Zentralarmeen sich auf den Bug zurückziehen sollen und ob die Südarmeen da bleiben sollen, wo sie sind, das heißt auf der Basis Südwestrußland, oder ob sie nach dem Norden zurückgezogen werden sollen. Es wäre ein schwerwiegender Entschluß, nach dem Bug zurückzugehen und die Festungen der Weichsel, Nowogeorgiewsk, Warschau und Iwangorod, ihrem Schicksal zu überlassen. „Wenn von den russischen Zentral-, und Nordarmeen," so folgert das Blatt weiter, „genügend Truppen hinweggenommen werden können, um die vom Süden anrückende Welle aufzuhalten, dann wird man versucht sein, die Stellungen an der Weichsel, dem Narew, dem Bobr und dem Njemen festzuhalten. Aber wenn dies nicht der Fall ist oder wenn der Munitionsmangel schwerwiegender ist als zugegeben wurde, dann wird es wohl nötig werden müssen, sich zurückzuziehen, um die Hauptlinie zu halten und der drohenden Einschließungsbewegung durch den Feind vorzubeugen. Dieser Kennzeichnung der Lage ist nicht viel beizufügen." Alles spricht dafür, daß die Russen, auf die natürliche Stärke der Narew- und Bobrfront sich verlassend, vom Norden her und wohl auch aus dem Zentrum alles herangezogen haben, was sie konnten, um es in den Raum zwischen Weichsel und Bug zu werfen. Die „Times" äußern zwar die Besorgnis, bei einer stärkeren Entblößung der Nordfront könnten sich dort Gefahren erheben. Allein die Narew-Bobr-Linie ist durch Natur und Kunst eine der verteidigungsfähigsten der Welt und die Gefahr, die von Galizien her droht, augenblicklich die unmittelbarste. So hat denn die russische Heeresleitung, der gewiß überdies Verstärkungen aus dem Innern des Landes zu Gebote standen, sehr bedeutende Streitkräfte zwischen Weichsel und Bug angehäuft und wird auch jetzt noch das Aeußerste tun, um dem drohenden Schicksal Halt zu gebieten. Darum die mit der Energie der Verzweiflung geführten Gegenstöße bei Krasnik. Die Verschiebung des ganzen Schwergewichts der russischen Macht nach dieser Front bestimmt die augenblickliche Lage auf dem Kriegsschauplatz.

An der russisch-rumänischen Grenze stellen mehrere Tausend russische Arbeiter Schützengräben und Drahthindernisse parallel mit der rumänischen Grenze her. Hieraus ist — wenn diese Meldung zutrifft — zu schlußfolgern, daß die Russen von rumänischer Seite etwas befürchten.

Ueber die Stimmung in Frankreich informiert folgende Londoner Meldung der Wiener „Neuen Freien Presse": „Es

Frankreich haben sich wichtige Vorfälle zugetragen, die für den Verlauf des Krieges nicht ohne Bedeutung sein dürften. Poincaré sei von seiner letzten Reise an die Front eher zurückgekehrt, als beabsichtigt war, weil Bevölkerung und Truppen Kundgebungen gegen die Fortsetzung des Krieges veranstalteten. Meldungen aus Frankreich berichten über unzweifelhafte Merkmale zunehmender Kriegsmüdigkeit. Bevölkerung und Armee hätten die größte Abneigung vor einem zweiten Winterfeldzug. Dazu komme die Unzufriedenheit über die viel zu geringen Leistungen der Engländer, die weit hinter den Erwartungen und Versprechungen zurückblieben. Auch seien der englische und der französische Generalstab uneinig und ihre nicht unbekannt gebliebenen Streitigkeiten wirkten auf die allgemeine Stimmung. Die russische Niederlage in Galizien und ihr Rückzug aus Galizien hätten in Frankreich den schärfsten Eindruck hervorgerufen. An Verwundeten, Kranken und Gefallenen verliere die französische Armee monatlich nicht weniger als 200 000 Mann."

Die deutsche Note an Amerika soll nach den vorliegenden Meldungen in der amerikanischen Presse im allgemeinen keine gute Aufnahme gefunden haben. Man wird hier erst Näheres abwarten müssen, da es nahezu unglaublich erscheint, daß man in Amerika die Bereitwilligkeit der deutschen Regierung zu einer auch die Amerikaner befriedigenden Lösung der Angelegenheit nicht anerkennt.

Die amerikanische Humanitätsliga hat sich mit der Bitte an den Präsidenten Wilson gewandt, sofort den Kongreß zu einer Sondersitzung einzuberufen zwecks Beratung und Beschlußfassung über die Resolution, die dem Präsidenten die Machtvollkommenheit gibt, jetzt und für alle Zeiten die Ausfuhr von Waffen, Munition und anderem Kriegsmaterial zu verbieten. In dem Protest heißt es u. a.: „Wir gründen unsere Bittschrift auf die unumstößliche Tatsache, daß der Krieg ohne Waffenzufuhr bald in sich selbst ersterben muß, und daß wir als neutrale Nation uns billigerweise nicht dazu hergeben dürfen, den Konflikt zwischen unseren Schwesternationen zu verlängern. . . . Die Geschichte unsere Republik zeigt, daß die Regierung unseres Landes im besonderen, wie auch die anderer Völker eifrig darauf bedacht gewesen sind, sich das Recht eines Waffenausfuhrverbots zu wahren, wenn es die Umstände erforderten. Zahlreiche Beispiele von der Ausübung dieses Rechts finden sich in der Geschichte der Vereinigten Staaten. . . . . Wir sind daher der Ansicht, daß die Interessen unseres Landes im gegenwärtigen Augenblick es erfordern, dieses durch Herkommen gebilligte Recht bald und wirkungsvoll auszuüben. Denn anderenfalls würden jene berühmten Worte unserer eigenen Neutralitätserklärung hinfällig werden, die da sagen: „Wir müssen neutral sein der Sache und dem Namen nach und jede Handlung unterlassen, welche einer der ringenden Parteien einen Vorteil über die andere bringen würde." — Leider ist wenig Aussicht vorhanden, daß diesem durchaus berechtigten Verlangen entsprochen wird.

* * *

Die Kriegslage.

Wien, 12. Juli. Amtlich wird berichtet:

Russischer Kriegsschauplatz. Am Bug nordwestlich Busk nahmen unsere Truppen bei Derew einen russischen Stützpunkt. An der ganzen sonstigen Front im Nordosten fanden auch gestern keine Kämpfe statt. Die Situation ist unverändert.

Italienischer Kriegsschauplatz. An der küstenländischen Front versuchten die Italiener wieder einige Angriffe, die, wie immer, abgewiesen wurden, so bei Vermegliano, Redipuglia und an mehreren Punkten südlich des Krn-Gipfels. Im Kärntner Grenzgebiet dauern die Geschützkämpfe an. Auch gegen unsere Stellungoen auf den Grenzbergen nordöstlich des Kreuzberg-Sattels und gegen einzelne Tiroler Werke richtete sich feindliches Artilleriefeuer. Neuerliche Angriffe des Gegners auf den Col di Lana scheiterten gleich allen früheren.

Südöstlicher Kriegsschauplatz. In letzter Zeit entwickelten die Montenegriner an der Herzegowinischen Grenze eine lebhaftere, jedoch ganz erfolglose Tätigkeit. So griffen unlängst wieder zirka zwei montenegrinische Bataillone unsere Grenzstellungen östlich Avtowas nach längerer Beschießung durch schwere Artillerie an. Sie wurden abgewiesen. Einer unserer Flieger bewarf zu dieser Zeit ein montenegrinisches Lager sehr erfolgreich mit Bomben. Weiter südlich stieß ein Bataillon des Feindes über die Grenze. Auch dieses wurde durch einen Gegenangriff unserer Truppen auf montenegrinisches Gebiet zurückgeschlagen. Oestlich Trebinje versuchte der Feind nach den Mißerfolgen der vorigen Woche vergebens, durch schweres Artilleriefeuer eine Wirkung zu erzielen.

Gegen Frankreich und Belgien.

Frankreichs Kriegskosten.

Der eröffnete oder verlangte Kredit stellte sich nach „Le Rentier" vom 17. Juni seit dem 1. August 1914 wie folgt:

	Franken
Militärische Ausgaben:	
August bis Dezember 1914	5 815 320 780
Januar bis September 1915	10 422 694 391
Insgesamt seit Ausbruch des Krieges .	16 238 015 171
Oeffentliche Schuld:	
August bis Dezember 1914	59 716 763
Januar bis September 1915	1 367 334 855
Insgesamt seit Ausbruch des Krieges .	1 427 051 618
Soziale Ausgaben:	
August bis Dezember 1914	405 541 680
Januar bis September 1915	1 913 270 750
Insgesamt seit Ausbruch des Krieges .	2 318 812 430
Lebensmittel für die Zivilbevölkerung:	
August bis Dezember 1914	20 000 000
Januar bis September 1915	166 800 000
Insgesamt seit Ausbruch des Krieges .	186 800 000
Andere Ausgaben:	
August bis Dezember 1914	178 798 830
Januar bis September 1915	1 745 328 647
Insgesamt seit Ausbruch des Krieges .	1 924 127 477
Insgesamt:	
August bis Dezember 1914	6 479 378 053
Januar bis September 1915	15 615 428 643
Insgesamt seit Ausbruch des Krieges .	22 094 806 696

Gegen Rußland.

1500 Verhaftungen in Petersburg.

Unter der Beschuldigung revolutionärer Umtriebe sollen in den letzten Tagen in der Petersburger Nordstadt 1500 Arbeiter, Studenten und Beamte verhaftet worden sein.

Der Seekrieg.

Vom Unterseebootskrieg.

„Die Voss. Ztg." meldet aus Christiania: Laut „Sjofarts Tidende" wurde der Glasgower Dampfer „Mascara" bei der Damlowinsel im Weißen Meer versenkt. Der Dampfer faßte 5000 Bruttotonnen und ist erst zwei Jahre alt.

Die amerikanische Bark „Normandy" landete in Liverpool 14 Mann von der Besatzung der russischen Bark „Leo", die von einem deutschen Unterseeboot an der Küste von Pembrokeshire torpediert worden war. — Die Besatzung des Fischdampfers „Syrian" aus Grimsby ist in Grimsby angekommen. Der „Syrian" wurde am Sonntag morgen von einem deutschen Unterseeboot angegriffen. Die Besatzung rettete sich unter dem Geschützfeuer des U-Bootes.

Norwegischer Einspruch bei England.

Die norwegische Regierung teilte der britischen Regierung durch die norwegische Gesandtschaft in London mit, daß nach ihr zugegangenen Nachrichten ein bewaffneter Fischdampfer am 8. Juli den deutschen Dampfer „Friedrich Arp" bei den Husö-Schären in Grund gebohrt hat. Die norwegische Regierung ersucht die britische Regierung, untersuchen zu lassen, ob das britische Schiff das norwegische Seegebiet verletzt hat, und fügt hinzu, daß, wenn es sich um ein britisches Schiff handelte, sie Widerspruch einlegt.

Wie Ritzaus Bureau mitteilt, wurde der Dampfer „Markland" aus Bergen am 30. Juni von einem englischen Kreuzer auf norwegischem Gebiet bei Kya angehalten. Der Kreuzer forderte den Dampfer auf, anzuhalten und feuerte einen blinden Schuß ab. Die norwegische Regierung ersuchte ihre Gesandtschaft in London, bei der britischen Regierung hiergegen Einspruch zu erheben und zu erklären, daß die norwegische Regierung selbstverständlich nicht im geringsten Maße den Gedanken hegt, daß das Auftreten des britischen Schiffskommandanten durch Gerinaschätzung der norwegischen Neutralität begründet sei. Wiederholte Fälle machten es aber notwendig, daß die betreffenden Kommandanten von der britischen Regierung aufgeklärt würden, zukünftig größere Aufmerksamkeit zu zeigen.

Kontrolle über griechische Schiffe.

Wie aus Saloniki gemeldet wird, werden fünf englische und französische Kreuzer alle aus dem dem Hafen von Kawalla auslaufenden griechischen Schiffe, deren Verkehr dadurch erschwert wird, durchsuchen. In Saloniki bringt man diese Verfügung mit angeblichen Verwicklungen zwischen Serbien und Griechenland in Zusammenhang.

Die Kämpfe im Orient.

Türkischer Erfolg am Kaukasus.

Der Kampf an der Kaukasus-Front am 22. Juni, der nach einem furchtbaren Nahkampf mit der Einnahme strategisch wichtiger Punkte und einer beherrschenden stark befestigten Anhöhe siegreich für die Türken endete, wird als günstiges Zeichen für die weiteren Operationen angesehen. Die Schlacht endete mit einem fluchtartigen Rückzug der Russen unter Zurücklassung von Kanonen und einer Menge anderen Kriegsmaterials. 3000 Mann sind tot oder verwundet, darunter eine Anzahl hoher Offiziere und viele unverwundete Gefangene, zumeist schwache, halbwüchsige Knaben, die aussagten, daß sie gewaltsam in den Kampf getrieben worden wären und nicht mehr hätten kämpfen wollen.

Die Opfer an den Dardanellen.

Wie die „Moldawa" aus Saloniki meldet, waren die Verluste der Engländer und Franzosen bei den letzten großen Dardanellen-Kämpfen enorm. Zwei mit Verwundeten voll beladene Schiffe gingen nach Malta und ein drittes mit 650 Verwundeten nach Lemnos ab.

Der nach den Dardanellen entsandte Sonderberichterstatter des Pariser „Journal" schildert seinem Blatte, wie die erste Landung des Expeditionskorps am 25. April erfolgte. Um dem Gros der Armee die Landung zu ermöglichen, hatten sich 6000 Engländer freiwillig angeboten, als erste an Land zu gehen und die weitere Landung zu decken. Sie wurden in den frühen Morgenstunden des 25. April an Bord des Dampfers „River Clyde" gebracht, der mit Volldampf direkt auf das Land zulief und am Strande auffuhr. Die Engländer stürzten sofort aus dem Dampfer hervor und wurden von einem höllischen Feuer der Türken empfangen, welche ausgezeichnet verschanzt waren. Die Engländer hielten stand, bis unter dem Schutze des gestrandeten „River Clyde" Verstärkungen herankamen. Der Kampf um den Besitz der ersten Stellungen dauerte zwei Tage. Von den 6000 Engländern sei kein einziger am Leben geblieben. Auch jetzt falle bei jeder Landung ein großer Teil der Mannschaft, da die Landungsstelle unter türkischem Feuer liege.

Die Unterseeboote im Mittelmeer.

Nach angeblich zuverlässigen Privatmeldungen befinden sich im Mittelmeer 12 deutsche U-Boote; andere würden folgen, um der Blockade an den Dardanellen und den Operationen auf Gallipoli ein Ende zu bereiten.

Allerlei Kriegsnachrichten.

Eine internationale Kommission zum Schutze der bedrohten Menschheitsinteressen.

Wolffs Bureau meldet aus Lausanne: Hier tagen die Vertreter zahlreicher Kulturvereine aus den kriegführenden und neutralen Staaten zur Bildung einer ständigen internationalen Kommission zum Schutze der bedrohten Menschheitsinteressen. Vierzig Verbände aus den verschiedenen Ländern meldeten bisher ihren Beitritt an. Die Kommission beschloß, die Sekretariatsarbeiten dem Vorstande des Bundes für die Menschheitsinteressen in Bonn, Erlachstraße 23, anzuvertrauen. Zum Präsidenten wurde Professor Broda gewählt. Die Kommission nahm eine Resolution an, in der die Kulturvereine aller Länder aufgefordert werden, den gemeinsamen Kampf gegen die unser kulturelles Erbgut bedrohenden Gefahren und die solidarische Arbeit für den Fortschritt der Kultur wiederaufzunehmen. Darauf wurde die Gefahr der Annektion irgend welchen Landgebietes gegen den Willen seiner Bewohner behandelt. Man sprach sich gegen die Annexion Belgiens durch Deutschland, des slawischen Dalmatiens durch Italien, des türkischen Kleinasiens durch Rußland und Persiens durch irgend welche europäischen Mächte aus. Die Kommission wandte sich gegen eine längere Kriegsdauer und befürwortete die Verbesserung des Loses der Gefangenen. Sie begrüßte den von den schweizerischen Delegierten unternommenen Versuch, in Frankreich und Deutschland zu berichten, was sich über die gute Behandlung der Gefangenen in den anderen Ländern sagen läßt, und so die Stimmung in der Richtung auf eine beiderseitige Besserung in der Behandlung der Gefangenen umzuwandeln. Schließlich erhob die Kommission Einspruch gegen das harte Vorgehen der russischen Regierung gegen die jüdische Bevölkerung in Rußland.

Der Streit um Albanien.

Wie Londoner News meldet, daß trotz der Vorstellungen des englischen Gesandten in Cettinje Montenegro die Übergabe von Skutari an die Italiener verweigert hat. Die englische Meldung trägt den Zensurvermerk.

Nach Nachrichten aus Griechenland besetzten die griechischen Truppen in Epirus 14 Dörfer südlich des Sees von Ochrida. Die Besetzung sei erfolgt auf Grund eines vor dem europäischen Krieg zwischen Serbien und Griechenland abgeschlossenen Vertrages. — Der See von Ochrida liegt im südwestlichen Zipfel Neuserbiens, etwas nördlich von der Stelle, an der Griechenland mit Serbien und Albanien zusammenstößt. Die serbisch-albanische Grenze läuft durch den See hindurch.

Die Getreideausfuhr in Rumänien.

Nach einer Bukarester Meldung des „Az Est" hat das rumänische Ackerbauministerium eine Verfügung getroffen, damit vom 12. Juli ab die Ausfuhr aus Rumänien in regelmäßiger Weise erfolgen kann. Die Lastzüge werden bis zur Grenze verkehren, von wo aus die Transporte in Wagen über die Grenze geschafft werden sollen.

Der Baumwollexport nach Deutschland.

Amerikanische südstaatliche Blätter sind neuerdings wegen der Unterbringung der bevorstehenden Baumwollernte besorgt; einige fordern die Einberufung des Kongresses, damit Maßnahmen getroffen werden, die den Export nach Deutschland sichern.

*

China und der deutsche Handel.

Der „Temps" druckt einen Bericht aus der Schanghaier Zeitung „Echo de Chine" über den deutschen Handel mit China ab. Das Blatt erklärt, in China seien scharfe Maßnahmen getroffen worden, um jeden Verkehr zwischen deutschen und französischen Firmen zu unterdrücken. Die Maßnahme habe den französischen Kaufleuten ziemlich geschadet; man hoffe, den Ausfall durch den Geschäftsverkehr mit Europa wettzumachen. Die englische Handelskammer in Schanghai wolle dieselben Maßnahmen durchführen. Die japanischen Geschäftshäuser seien aufgefordert worden, sich der antideutschen Bewegung anzuschließen, jedoch werde sich Japan wahrscheinlich ablehnend verhalten, da für die japanischen Unternehmungen aus dem Boykott der deutschen Firmen überaus größere Schäden entstehen würden. In Japan sei eine große Zahl von deutschen Kaufleuten ansässig, deren Häuser nach dem Krieg einen großen Aufschwung nehmen würden. Durch den Boykott würde aber die Wiederaufnahme der geschäftlichen Beziehungen mit Deutschland nach dem Kriege sehr erschwert werden und ein großer finanzieller Schaden entstehen.

*

Vergeltungsmaßregeln gegen Frankreich.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" schreibt amtlich unter dieser Ueberschrift:

In letzter Zeit sind hier Fälle bekannt geworden, in denen kriegsgefangene deutsche Offiziere in Frankreich nicht in einer den Kriegsgebräuchen entsprechenden Weise behandelt werden, und zwar lediglich aus dem Grunde, weil sie ihr Ehrenwort, nicht mehr gegen Frankreich und seine Verbündeten zu kämpfen, verweigerten. Insbesondere werden nach Privatbriefen, wie nach einem Bericht des Vertreters einer neutralen Macht etwa 50 deutsche Offiziere, die im Fort Entrevaux in den Alpen interniert sind, und die Abgabe des Ehrenworts verweigerten, in vier stets verschlossenen Räumen gefangen gehalten. Sie dürfen sich täglich nur eine Stunde auf einem kleinen Hof von 10 bis 12 Metern bewegen und sich gegenseitig nicht besuchen. Dieses Verfahren widerspricht den Bestimmungen der Haager Landkriegsordnung, denn nach Artikel 11 darf auf kriegsgefangene Offiziere irgendein Zwang auf Abgabe des Ehrenwortes nicht ausgeübt werden. Auch auf Offiziere, die ihr Ehrenwort verweigern, findet daher Artikel 5 Anwendung, nach dem ihre Einschließung nur als unerläßliche Sicherungsmaßregel und nur während der Dauer der diese Maßregel notwendig machenden Umstände zulässig ist.

In Deutschland haben die kriegsgefangenen französischen Offiziere, denen dem deutschen Standpunkt entsprechend die Abgabe des Ehrenwortes überhaupt nicht angesonnen wird, den ganzen Tag über die Möglichkeit, sich frei in den Kriegsgefangenenlagern zu bewegen und sich gegenseitig zu besuchen, auch dürfen sie ungehindert die ihnen zur Verfügung stehenden Hof- und Gartenräume benutzen und werden nachts nicht eingeschlossen, sondern haben nur die Verpflichtung, in ihren Schlafräumen zu verweilen.

Die Vorstellungen, die bei der französischen Regierung erhoben worden sind, um den deutschen Offizieren im Fort Entrevaux eine gleich liberale Behandlung zu verschaffen, sind bisher erfolglos geblieben. Auf Anordnung der Heeresverwaltung werden daher zunächst 50 französische Offiziere aus ihren verhältnismäßig angenehmen Offiziers-Gefangenenlagern in das Fort Zorndorf bei Küstrin übergeführt, wo sie in genau derselben Weise gehalten werden wie die deutschen Offiziere in Entrevaux.

Sollte sich die Nachricht bestätigen, daß andere kriegsgefangene deutsche Offiziere in Frankreich ähnlichen Beschränkungen unterliegen, so werden die deutschen Maßnahmen auf eine größere Anzahl, wenn nötig, auf alle kriegsgefangenen französischen Offiziere in Deutschland erstreckt werden. Dabei ist wohl zu beachten, daß deren Zahl eine viel höhere ist als die der kriegsgefangenen deutschen Offiziere in Frankreich.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Dienstag, 13. Juli.

Der Sozialdemokratische Verein hielt am Montag abend im Gewerkschaftshaus eine Mitgliederversammlung ab, die den Umständen nach gut besucht war. Zunächst gedachte der Vorsitzende, Genosse Löwigt, in ehrenden Worten der im Felde gefallenen Genossen Aug. Helm, Otto Wiesner, Heinr. Pichelmann, Heinr. Schmerling, Wilh. Schlichte und Rud. Hansen, sowie der am Orte gestorbenen Mitglieder Frau Kniele, Fr. Heißler, J. Meier und Georg Pattosien, deren Andenken in der üblichen Weise von der Versammlung geehrt wurde. Hierauf verlas Genosse Bromme die Abrechnung vom 2. Quartal. Einschließlich des Kassenbestandes war eine Einnahme von 18 031,30 Mk. zu verzeichnen, der eine Ausgabe von 3542,64 Mk. gegenübersteht. Die Zahl der Mitglieder beträgt gegenwärtig 7313, von denen 2149 zum Heeresdienst eingezogen sind. Bisher sind als gefallen gemeldet 65 Genossen. Die den 2. Punkt der Tagesordnung bildenden Besprechung der Eingabe an die Bürgerschaft betr. Maßnahmen zur Sicherung der Volksernährung gestaltete sich recht lebhaft und interessant. Von allen Rednern wurde betont, es sei dringend notwendig, daß die Reichsregierung solche Schritte unternimmt, wie sie in der Eingabe gefordert werden, um die Ausplünderung des Volkes durch gewissenlose Wucherer zu verhindern. Man müsse nicht nur dafür sorgen, daß genügende Lebensmittel und Verbrauchsartikel vorhanden seien, sondern daß sie auch an die Bevölkerung zu angemessenen Preisen abgegeben würden. Scharf kritisiert wurden u. a. die unerhörten Preistreibereien beim Zucker, die durch nichts gerechtfertigt werden können, sowie die hohen Preise für alte und junge Kartoffeln, die nur von der Sucht, sich auf Kosten der breiten Volksschichten zu bereichern, diktiert sind. Dabei ist der Arbeiter auf Kartoffeln angewiesen, weil die ihm zugemessene Brotration sonst nicht genügt. Auch die Kriegshilfe habe auf dem Gebiete der Kartoffelversorgung nicht viel erreicht. Hier müsse die Regierung unbedingt eingreifen, um den schlimmsten Feinden unseres Vaterlandes im eigenen Lande das Handwerk zu legen. Gänzlich verkehrt sei es jedoch, aus Unmut über die herrschenden Zustände etwa den Arbeiterorganisationen den Rücken zu wenden. Gerade diese Organisationen sind es, welche immer und immer wieder auf Abstellung der vorhandenen Schäden und Mißstände drängen. Und nach dem Kriege werden sie notwendiger sein als jemals. Nach dieser Aussprache erfolgte Schluß der Versammlung.

Die Verteuerung der Milch, die in Lübeck am 1. Juli dieses Jahres vorgenommen worden ist, wurde in der gestrigen Mitgliederversammlung des Sozialdemokratischen Vereins von allen Rednern, die sich dazu äußerten, als absolut ungerechtfertigt gekennzeichnet. Mit berechtigter Schärfe wurde hervorgehoben, daß gerade die Landwirte, die aus den hohen Lebensmittelpreisen den größten Vorteil ziehen, am wenigsten Ursache hatten, auch noch durch die Milchverteuerung das Publikum zu schröpfen. Eine sehr eigenartige Rolle spielen in dieser Angelegenheit auch, wie hervorgehoben wurde, die Milchhändler. Diese hatten mit den Milchproduzenten einen Vertrag, der noch bis zum Mai nächsten Jahres lief, und nach dem ihnen für diese Zeit der Bezug der Milch zum alten Preise zustand. Das hat sie leider nicht davon abgehalten, gemeinsam mit ihren Lieferanten die Verteuerung zu beschließen und dann den Raub zu teilen in der Art, daß sie 2 Pfg. und die Milchproduzenten 2 Pfg. pro Liter mehr erhalten. Es steht demnach fest, daß die Milchhändler ihre Kunden zum alten Preise bedienen konnten; sie haben das aber nicht gewollt. Die Begründung, welche für die Preiserhöhung mit geltend gemacht wurde, nämlich, daß das Futter für die Kühe knapp sei, kommt für sie überhaupt nicht in Betracht. Sehr interessant und bezeichnend ist es auch, daß wenigstens ein Teil der Holländer ihren größeren Abnehmern die Milch auch jetzt noch zum alten Preise oder mit einem Aufschlag von nur 1 Pfg. pro Liter liefert, während die breiten Volksschichten den vollen erhöhten Preis bezahlen müssen!

Das Stuttgarter Bürgermeisteramt schrieb dieser Tage anläßlich der dort beabsichtigten Milchverteuerung in den Tageszeitungen: „Für die Landwirtschaft haben sich die Verhältnisse seit Kriegsausbruch so gestaltet, daß sie für fast alle ihre Erzeugnisse im Vergleich zu der Zeit vor dem Kriegsausbruch wesentlich — zum Teil auf ein Mehrfaches — gestiegene Preise erzielte, und zwar zum Teil nicht ohne mittelbares oder unmittelbares Zutun der Reichsregierung. Diesen gestiegenen Verkaufspreisen stehen gewisse Steigerungen der Herstellungskosten gegenüber, jedoch so, daß die Steigerung der Verkaufspreise überwiegt und ein nicht unbeträchtliches Steigen des landwirtschaftlichen Reinertrages festgestellt werden kann, der namentlich in einem starken Zustrom von Geldern zu den landwirtschaftlichen Darlehnskassen seinen Ausdruck findet. Niemand wird der Landwirtschaft diese günstige Gestaltung ihrer Einkommensverhältnisse mißgönnen, zumal in einer Zeit, wo die Bedeutung der Landwirtschaft für die Vereitelung des unmenschlichen Aushungerungsplanes der Engländer so sehr in den Vordergrund tritt. Auf der andern Seite lehnt sich das Volksbewußtsein mit Recht gegen jedes Bestreben auf, den Krieg zur Verbesserung der eigenen wirtschaftlichen Lage und zur Erzielung eigener Vorteile in einer das sonst übliche Maß übersteigenden Weise auszunutzen, zumal dann, wenn damit eine Verschärfung der Nachteile verbunden ist, welche der Krieg den übrigen Volksgenossen gebracht hat. Es ist bekannt, wie schwer der Druck ist, der infolge der Verteuerung der meisten wichtigen Lebensmittel auf weiten Kreisen der Bevölkerung lastet. Diesen Druck verschärfen, heißt nichts anderes, als dem Aushungerungsplan der Engländer Vorschub leisten. Unter dem fortgesetzten Steigen der Preise für alle Lebensmittel muß auf die Dauer die Volksernährung und die Volksgesundheit leiden."

Es gibt überall — leider! — Leute, die für solche zutreffenden und mahnenden Worte nur taube Ohren haben, weil ihnen der eigene Profit über alles geht.

An Staatssteuern und Abgaben gingen beim hiesigen Steueramt im Monat Juli ein: Einkommensteuer 80515,10 Mk., Wertzuwachssteuer 1661,— Mk., Grundsteuer 20 381,03 Mk., Erbschaftssteuer einschl. Erbschaftsabgabe und Zuschläge zur Reichserbschaftssteuer 12 533,48 Mk., Veräußerungsabgabe 5729,26 Mk., Stempelabgaben 10 446,80 Mk., zusammen 131 266,67 Mk., gegen 122 278,96 Mk. im gleichen Monat des Vorjahres; mithin 8987,71 Mark mehr. Vom 1. April bis Ende Juni 1915 gingen insgesamt 1 573 496,90 Mk. ein gegen 1 611 460,71 Mk. im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Die Mindereinnahme in 1915 belief sich demnach auf 37 963,81 Mk.

Ueber den Wert des Gefrierfleisches erhalten wir von sachkundiger Seite folgende, insbesondere für alle Hausfrauen wichtige Mitteilungen: Die in den letzten Monaten gesammelten Erfahrungen haben gelehrt, daß sich Schweinefleisch durch das Gefrierverfahren bei sachkundiger Behandlung sehr lange erhalten läßt, ja das Fleisch gewinnt sogar an Schmackhaftigkeit, Zartheit und Vollsaftigkeit, vorausgesetzt, daß es durch richtige Entfrostung in den Urzustand zurückgeleitet ist. Entfrostetes oder aufgetautes Fleisch steht dem Frischfleische in keiner Weise nach, und kann, wie zahlreiche Versuche einwandfrei erwiesen haben, sowohl im Hausstande wie frisches Fleisch Verwendung finden, als auch gesalzen, gepökelt und zu Wurst verarbeitet werden. Da für eine sachgemäße Entfrostung im Kühlhause Sorge getragen ist, und das Fleisch an jeden Schlachter zum Weiterverkauf abgegeben wird, kann es jeder Hausfrau nur empfohlen werden, den Fleischbedarf durch Ankauf von Gefrierfleisch zu decken, zumal es billiger als frisches Fleisch ist. Im Kleinhandel stellt sich der Preis wie folgt: Es kostet: Gefrierfleisch von Schweinen: Kochfleisch Pfund 1,25 Mark, Bratenstücke einschließlich Karbonade mit Speck und Schwarte Pfund 1,40 Mark, Karbonade Pfund 1,50 Mark, Geräucherter Schinken in ganzen Stücken Pfund 1,60 Mark, Leberwurst: 1 2-Pfund-Dose 2,80 Mark, ausgewogen Pfund 1,70 Mark, Sülze: 1 4-Pfund-Dose 4,80 Mark, ausgewogen Pfund 1,30 Mark. — (Diese Preise bedeuten eine kleine Ermäßigung gegenüber den bisher für Gefrierfleisch gezahlten; sie sind aber immer noch so hoch, daß Arbeiter sie nur selten erschwingen können. Red.)

Einquartierung. Bei der durch das stellvertretende Generalkommando verfügten verstärkten Belegung Lübecks mit Truppen läßt sich die bisher geübte vierzehntägige Umquartierung der in Bürgerquartieren liegenden Mannschaften nicht mehr durchführen. Die Einquartierungsdauer wird deshalb künftig rund vier Wochen betragen. Die zurzeit vor dem Mühlentor befindlichen Mannschaften des Landsturm-Bataillons Lübeck und des Ersatz-Bataillons Nr. 84 verbleiben bis zum 1. August in ihren jetzigen Quartieren. Die Straßen: Viktoriastraße, Charlottenstraße, Geniner Straße, Brömbsenstraße, St. Jürgenring, — soweit noch nicht belegt —, Friedrichstraße, Trendelenburgstraße, Hirtenstraße, Vorrader Straße und vielleicht die linke Seite der Kronsforder Allee von Nr. 1 bis etwa Brehmerstraße werden voraussichtlich am 15. d. Mts. mit Mannschaften der Genesendenkompagnie des Ers.-Batl. Reserve-Regts. Nr. 84 belegt werden und bis zu 4 Wochen belegt bleiben.

Liebesgabensendung. Man schreibt uns: Die Vereine vom Roten Kreuz, Abteilung für Liebesgaben, haben wieder folgende Sendungen auf den Weg gebracht: nach Königsberg i. Pr. 7 Kolli Lebensmittel, nach Rastenburg 8 Kolli Lebensmittel, nach Posen 6 Kolli Lebensmittel, nach Thorn 6 Kolli Lebensmittel, nach Lötzen 8 Kolli Lebensmittel und 1 Kiste Kleidungsstücke, nach Lodz 8 Kolli Lebensmittel und 1 Kiste Bücher, außerdem 7 Postpakete, nach den Karpathen 3 Kisten mit Einzelpaketen und 1 Kiste Konserven. Leider gehen Gaben nur sehr spärlich ein, und da auch die Mittel des Roten Kreuzes durch die Fürsorge für die Familien der zur Fahne eingezogenen Mannschaften — es handelt sich um etwa 3500 Familien — bereits aufs höchste in Anspruch genommen sind, so wird es, wenn die Bevölkerung nicht tatkräftig mitwirkt, der Abteilung für Liebesgaben nicht möglich sein, ferner auch nur in annähernd dem Umfange wie bisher für das Wohlergehen unserer braven Truppen zu sorgen. Ihnen durch Gaben, die ihnen den Aufenthalt im Felde erleichtern, sich dankbar zu erweisen, ist eine der vornehmsten Pflichten der Daheimgebliebenen und eine der Hauptaufgaben des Roten Kreuzes. Diese Aufgabe kann die Abteilung ferner aber nur dann erfüllen, wenn sie aus allen Kreisen der Bevölkerung, die dazu in der Lage sind, durch Zuwendungen von Gaben auch ferner unterstützt wird. Erwünscht sind besonders Zigarren, Zigaretten, Tabak, Schokolade, Keks, Konserven aller Art, Rotwein und Mineralwasser, außerdem wollene Socken und leichtes Unterzeug, sowie für die Karpathen Einzelpakete für je einen Mann. Auch Spenden von Kupfer, Messing, Bronze, Zinn, Zink, Aluminium und Gummi werden erbeten. Annahme St. Annenstraße 2.

Leichenfund. Gestern vormittag wurde in dem Kanal bei der Teufelsinsel eine unbekannte, männliche Leiche gefunden und geborgen. Die Leiche ist bekleidet mit einem grau und schwarz kariertem Jackett und Weste, dunkler Hose, Normalhemd, schwarzen Schnürstiefeln, blauem Schlips mit weißen Punkten, weißem Kragen und Vorhemd. Der Aufgefundene ist ungefähr 16—17 Jahre alt und führte eine Visitenkarte, lautend auf den Namen „Paul Soltmann", bei sich. Personen, welche über die Persönlichkeit der Leiche Auskunft geben können, werden ersucht, sich in dem Geschäftszimmer der Kriminalpolizei, woselbst auch eine Photographie der Leiche zur Ansicht ausliegt, zu melden.

pb. **Diebstähle.** Gestern vormittag sind aus einem Hause der Moislinger Allee ein Mitgliedsbuch der Transportarbeiter und ein Mitgliedsbuch der gewerblichen Krankenkasse von hier abhanden gekommen und vermutlich gestohlen worden. Beide Bücher lauten auf den Namen August Johannes Holtz, geb. am 19. November 1869 zu Rensefeld. — Am 8. d. Mts. ist in der unteren Beckergrube ein dort stehender langer Faßhandwagen abhanden gekommen und vermutlich gestohlen worden. Der Wagen ist grau gestrichen und mit Eisenbändern beschlagen.

Hamburg. Christian Wiese gestorben. Auch unter den Daheimgebliebenen hält der Tod reiche Ernte. Schon wieder ist einer unserer Alten aus dem Leben geschieden, der Gauleiter des Verbandes der Steinsetzer, Gau Nordwest, Christian Wiese. Er gehörte zu den Genossen, die in stiller, rastloser Tätigkeit für Gewerkschaft und Partei, für das Wohl der Arbeiterschaft wirkten. In der Altstadt, wo er mehrere Jahre ein Verbands- und Parteilokal hatte, war er besonders beliebt und geschätzt, und der alte „Christian" galt als Berater in wirtschaftlichen und politischen Fragen sehr viel. Zwölf Jahre lang war er erster Vorsitzender des Verbandes der Steinsetzer, Filiale Hamburg, und sein Eifer, seine Umsicht und sein Takt bei den Verhandlungen mit den Unternehmern waren geradezu vorbildlich. Auch als Gauleiter in Rheinland-Westfalen war er sechs Jahre tätig, bis er dann seine Tätigkeit im Gau Nordwest aufnahm, von der ihn in letzter Zeit eine schwere Krankheit fernhielt und nun der Tod für immer abrief. Alle, die ihn gekannt haben, werden sein Andenken in Ehren halten.

Altona. Ein Ehedrama spielte sich gestern früh im Hause Hohenesch 50 ab. Dort hatte der von seiner Frau getrennt lebende Schuhmacher Jacobs mehrere Revolverschüsse auf seine Frau abgefeuert, wodurch diese sehr schwer verwundet wurde. Die amtlichen Feststellungen haben folgendes ergeben: Zu dem im zweiten Stockwerk wohnenden Jacobs, einem jähzornigen und brutalen Menschen, der seine Frau und Kinder vielfach mißhandelt hat, sodaß sich schließlich die Frau mit den Kindern von ihm trennte und Hohenesch 37 Wohnung bezog, kam Montag früh gegen 7 Uhr seine Frau, um sich von ihm Geld zur Ernährung für sich und die Kinder zu holen. Hierbei kam es zu einem Wortwechsel, in dessen Verlauf J. so in Wut geriet, daß er einen Revolver ergriff und mehrere Schüsse auf seine Frau abfeuerte. Eine Kugel drang der unglücklichen Frau in den Kopf, eine zweite in den Rücken, sodaß sie schwerverletzt bewußtlos zusammenbrach. Jacobs wurde in Haft genommen.

Pinneberg. Großfeuer hat am Freitag nachmittag den gesamten Besitz des Gastwirts Otto Hintze in Thesdorf-Eggerstedt bei Pinneberg vernichtet. Während die Wirtsleute zu Mittag schliefen, brach das Feuer auf dem Boden des Hinterhauses aus und ehe man recht zur Besinnung kam, stand das ganze umfangreiche Gewese mit Nebenräumen in vollen Flammen. In Ermangelung der ortsanwesenden Männer griffen die Frauen zur Hilfeleistung ein, ehe die Feuerwehren aus der Umgegend angerückt waren. Bei den Löscharbeiten fehlte es an Wasser. Es war nicht möglich, noch irgend welches Inventar aus dem brennenden Gewese zu schaffen, so schnell war alles in eine Flammenglut gehüllt. Die Hilfstätigkeit mußte auf die Strohbedachung der Nachbarhäuser gerichtet werden, welche schon zu brennen begann. Man vermutet Brandstiftung.

Dorum bei Lehe. Feuersbrunst. In dem Eigentum des Hofbesitzers Eibe Frers entstand ein großes Feuer, das sich über sämtliche Gebäude ausbreitete. U. a. sind viele Schweine verbrannt. In kurzer Zeit griff das Feuer auch auf das Gewese des Landwirts Cornelius an der anderen Seite der Straße über. Auch die Häuser des Händlers Metge und des im Felde stehenden Kaufmanns Wienholtz wurden von den rasenden Flammen vernichtet, im ganzen acht Gebäude.

[] **Bremen.** Gegen die Zersplitterungsversuche in der Partei. Auf einer am Sonntag, dem 11. Juli, in Bremen stattgefundenen Konferenz, an der Genosse Ebert als Vertreter des Parteivorstandes, der Bezirksvorstand, die Kreisvorstände der Wahlkreise Bremen, des 6., 17., 18. und 19. hannoverschen Wahlkreises, sowie Delegierte der einzelnen Ortsvereine, insgesamt 71 Genossen und Genossinnen teilnahmen, wurde folgende Resolution angenommen:

„Die Konferenz des Bezirks „Nordwest" erklärt sich mit der Haltung der Mehrheit der Reichstagsfraktion sowie mit den Maßnahmen des Parteivorstandes einverstanden. Desgleichen werden die Bemühungen des Parteivorstandes zur Herbeiführung des Friedens anerkannt und das Vorgehen zu einer internationalen Verständigung gebilligt.

Die Konferenz bedauert die Zersplitterungsversuche einzelner Parteigenossen. Sie ist der Meinung, daß alle Meinungsverschiedenheiten in sachlicher Weise innerhalb der Organisation ausgetragen werden können und jeder Versuch der Parteizersplitterung als ein Verbrechen an der deutschen Arbeiterklasse bezeichnet werden muß.

Der Kampf gegen den Lebensmittelwucher und die profitsüchtigen Unternehmer ist entschlossen weiter zu führen. Parteileitung und Reichstagsfraktion werden ersucht, alles zu unternehmen, was dem Lebensmittelwucher ein Ende bereite."

Die Abstimmung erfolgte absatzweise. Absatz 1 wurde mit 52 gegen 10, Absatz 2 mit 53 gegen 6, Absatz 3 einstimmig angenommen. Die Gesamtresolution wurde gegen 10 Stimmen angenommen. Ein Teil der Genossen mußte leider wegen Zugverbindung vor Beendigung die Konferenz verlassen. Die Genossen Ebert und Henke hatten in je zweistündigen Ausführungen ihren Standpunkt für und wider die Fraktionshaltung begründet.

Aus Nah und Fern.

Vier Personen erstickt. In Mayerhofen, Zillertal, erstickte bei der Räumung einer Jauchegrube der Sohn eines Bauern durch giftige Gase. Das gleiche Schicksal ereilte drei andere zu Hilfe eilende Personen.

Vier Fischer ertrunken. Der „L.-A." meldet aus West-Dievenow: Sonntag abend 7 Uhr fuhren fünf Segelboote mit Fischern in See, um Flundern zu fischen. Der Dampfer „Bredow" von der Zementfabrik Binnewitz auf der Insel Gristow fuhr das eine Segelboot an und bohrte es in den Grund. Das Boot wurde der Länge nach durchschnitten und alle vier Fischer fanden den Tod in der See.

Ein ehemaliger bulgarischer Minister und ein englischer Gesandter schwer kompromittiert. Im Bombenattentatsprozeß zu Sofia gab der Präsident folgendes Protokoll bekannt: Nachdem der Gerichtshof das Geständnis der Helene Anastasow festgestellt hat, die zugab, daß sie mit einem Taschentuch das Signal zum Attentat gegen den König geben sollte, ferner die Tatsache, daß der frühere Minister Dr. Genadjew die engsten Beziehungen zu Vikenti Anastasow unterhielt, dem er zu verschiedenen Zeiten Summen in Gesamthöhe von 10 000 Francs gab, beschloß der Gerichtshof, daß die Untersuchung gegen die beiden Genannten eingeleitet werde. Genadjew war in letzter Zeit sehr eifrig für den Vierverband tätig. — Weiter kommt aus Sofia die Meldung, auch der abberufene englische Gesandte Bax-Ironside sei durch den Prozeß schwer kompromittiert. Der bulgarische Ministerrat habe sich bereits mit der Rolle befaßt, die der Gesandte in diesem Attentat gespielt hat. Um einen öffentlichen Skandal zu vermeiden, sei Bax-Ironside abberufen worden.

Wald- und Moorbrände. Im Schweger Moor ist ein riesiges Feuer ausgebrochen, dem bis jetzt über 200 000 Zentner Torf zum Opfer gefallen sind. Militär wurde zur Hilfe requiriert. Die Osnabrücker Feuerwehr ist mit vielen anderen Feuerwehren tätig der Löschung des Brandes tätig. Auch die Kriegsgefangenen werden mit Löscharbeiten beschäftigt. Das Feuer ist wahrscheinlich durch Unachtsamkeit entstanden. — Ein Moor- und Waldbrand, der am Mittwoch zwischen Wittichenau und Zeisholz ausgebrochen ist, richtete großen Schaden an. Die brennende Fläche — Moosboden, Gras und niedere Kiefernbestände — dehnte sich über viele Kilometer aus und hatte bereits die Staatsstraße Dresden—Hoyerswerda erreicht. Der Ort Michalken mußte geräumt werden. Selbst in Hoyerswerda verursachen die Rauchmengen schwere Belästigungen. Zur Eindämmung des Brandes mußte Militär herbeigeholt werden. Auch das Dorf Dubring ist stark bedroht. Die Forstbestände des Klosters Morgenstern sind völlig vernichtet. Eine weitere Meldung besagt: Der Brand scheint nunmehr nach harter Arbeit, an der sich auch viel Militär (2000 Soldaten) beteiligt hat, zum Stehen gebracht worden zu sein. Um den Brandherd, welcher sich auf etwa 6 Kilometer Länge und 3 bis 5 Kilometer Tiefe erstreckt, sind bis zum Grundwasser reichenden Gräben gezogen, so daß auch bei eintretendem Winde ein Ueberspringen des Feuers auf die Nachbargebiete ausgeschlossen sein dürfte. Der gefährdete Waldbestand ist abgeholzt. Der größte Teil dieses Terrains war mit Schonung und Nutzhölzern bewachsen. Der Schaden dürfte in die Millionen gehen, da fast der gesamte klösterliche Forst vernichtet wurde. Der angrenzende königliche Hoyerswerder Forst litt nur geringen Schaden.

Vorher öffentlich angekündigte Haussuchungen. Der Kommandierende General des 8. Armeekorps sowie der Gouverneur der Festung Köln machen folgendes bekannt: Ueber die Druckschriften „Der Hauptfeind steht im eigenen Lande", „Die Mehrheit sagt" und „Klassenkampf gegen den Krieg", welche ohne Angabe des Verfassers und des Druckers oder mit falscher Angabe erschienen sind, verfüge ich wegen aufreizenden Inhalts die Beschlagnahme. Ich ersuche, die Polizeibehörden anzuweisen, die Beschlagnahme durchzuführen und bei sämtlichen sozialdemokratischen Parteileitungen oder -Bureaus sowie den Partei- und anderen in Betracht kommenden Buchhandlungen Durchsuchungen vorzunehmen und die etwa vorhandenen Stücke mit Beschlag zu belegen. Sollten diese Schriften schon verbreitet sein, sind die Verbreiter festzustellen und gegen sie das Strafverfahren einzuleiten, wovon das Generalkommando um Benachrichtigung ersucht.

Sicherstellung der Getreideernte. Wie bürgerlichen Blättern aus München gemeldet wird, hat das Stellvertretende Generalkommando des bayerischen 1. Armeekorps folgende Kundgebung erlassen: 1. Die in eine Gemeinde beurlaubten Mannschaften haben für die Gesamtheit der Grundbesitzer einer Gemeinde und nicht für einzelne Erntearbeiten auszuführen. 2. Die Gemeindeverwaltung bestimmt also die Verteilung der Arbeiten der Ernteurlauber einschließlich der nach Namen Beurlaubten. Sie wacht darüber, daß die Arbeit ausgeführt werde, und ist verantwortlich, daß die Ernte sämtlicher Grundbesitzer eingebracht wird. 3. Die Gemeinde ist verantwortlich, daß nur so viele Mannschaften an die Gemeinden beurlaubt werden und beurlaubt bleiben, als durchaus nötig ist. Ueberzählige Urlauber oder solche, welche den ihnen auferlegten Verpflichtungen nicht nachkommen, sind sofort telegraphisch dem zuständigen Truppenteil anzugeben. 4. Handlungen oder Unterlassungen, welche dieser Anordnung widerlaufen, werden mit Gefängnis bis zu einem Jahr bestraft. 5. Die Gemeinde ist berechtigt, die ihr auferlegten Verpflichtungen auf mindestens drei ihrer Mitglieder zu übertragen. 6. Ueber die Streitigkeiten entscheidet die Distriktsverwaltungsbehörde endgültig.

Ein Nachfolger des Hauptmanns von Köpenick. Ein in Rom als der französische Flieger André gefeierter und am Sonnabend abend verhafteter Unbekannter scheint ein gewöhnlicher Betrüger zu sein, der sich die augenblickliche Begeisterung der Italiener für alles Französische zu Nutzen machte. Er lebte seit etwa 2 Wochen in Rom in Saus und Braus, wurde von einem Bankett zum anderen geschleppt, überall mit Champagner bewirtet, und wenn er im Theater erschien, mit einem Tusch des Orchesters und der Marseillaise so empfangen. Wie jetzt bekannt wird, hat er dasselbe Spiel schon zuvor in Nizza und Turin getrieben. Am Sonnabend wurde er von D'Annunzio in dessen Hotel erwartet, als ihn, während er sich anschickte, das Automobil zu besteigen, sein Geschick in Gestalt eines Polizeioffiziers ereilte, der ihn ins Gefängnis abführte.

Aus der Partei.

Die Königsberger Volkszeitung erscheint wieder. Die seit dem 28. Juni verboten gewesene „Königsberger Volkszeitung" ist wieder freigegeben worden.

Sprechsaal.

(Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.)

Lebhafte Klage

ist gegenwärtig wieder einmal von den Anwohnern der Böttcherstraße über den dort nachts zwischen 12 und 1 Uhr herrschenden Radau zu führen. Allabendlich durchziehen um diese Zeit Leute, deren Kehle anscheinend durch reichlichen Alkoholgenuß sehr stark angefeuchtet ist, die Straße und krakeelen dort herum. Wenn wir nun auch keinem Menschen gerne seine Freude verderben möchten, so halten wir es doch für dringend notwendig, daß auf diejenigen vielen Anwohner, die nachts nach schwerer Tagesarbeit der so notwendigen Ruhe bedürfen, etwas Rücksicht genommen wird.

Mehrere Anwohner.

Neueste Nachrichten.

Die Kriegslage.

WTB. Großes Hauptquartier, 13. Juli. (Amtlich.) Westlicher Kriegsschauplatz. Ein französischer Handgranatenangriff auf die Zuckerfabrik von Souchez wurde abgewiesen. Im Anschluß an den Sturm auf den Kirchhof und darüber hinaus ist unsere Stellung in einer Breite von 600 Meter vorgeschoben und das an der Straße nach Arras gelegene Cabaret Rouche genommen. Die Zahl der Gefangenen hat sich auf 3 Offiziere und 217 Mann erhöht. Verschiedene Ansätze zu feindlichen Gegenstößen wurden unter Feuer genommen. Ihre Durchführung wurde dadurch verhindert.

Zwischen Maas und Mosel entwickelte der Feind eine lebhafte artilleristische Tätigkeit. Viermal griff er im Laufe des Abends und der Nacht unsere Stellungen im Priesterwalde an. Die Angriffe brachen unter großen Verlusten vor unsern Linien im Feuer zusammen.

Oestlicher und südöstlicher Kriegsschauplatz. Die Lage ist unverändert.

Oberste Heeresleitung.

Kreuzer „Königsberg“ zusammengeschossen.

tu. London 13. Juli. (Privattelegramm des Lüb. Volksboten.) Die Admiralität macht bekannt, daß die Kanonenboote „Severn“ und „Mersey“ den deutschen Kreuzer „Königsberg“, der in Ostafrika in der Rufiji-Mündung festgefahren war, vom 4. bis 10. Juni völlig zusammengeschossen haben.

*

Genf, 12. Juli. Wie die Pariser Blätter gestern berichteten, war St. Dié am letzten Donnerstag einer heftigen Beschießung ausgesetzt. Gegen zwanzig 10,5-cm-Geschosse fielen auf den Ort, töteten oder verletzten mehrere Personen und verursachten bedeutenden Schaden.

Genf, 12. Juli. Wie aus Paris gemeldet wird, ist die Stadt Pont-à-Mousson wiederum heftig beschossen worden. Die Deutschen schleuderten großkalibrige Geschosse und Brandgranaten auf die Stadt. Die Beschießung forderte mehrere Opfer und verursachte einen sehr starken Brand, dessen man nur unter Heranziehung der Nancyer Feuerwehr Herr werden konnte. Der Materialschaden ist sehr groß. Viele Häuser sind zerstört oder abgebrannt. Die Not der zurückgebliebenen Bevölkerung nimmt zu.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwigt, für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

In Freien Stunden

erscheint wöchentlich als 24 Seiten starkes Heft zum Preise von 10 Pfennig. Jedes Heft bringt außer den Romanen Aufsätze (zum Teil illustriert) und Notizen aus allen Wissensgebieten, Skizzen oder kurze Erzählungen, sowie Scherz und Satire.

Am 1. Juli beginnt ein neues Abonnement auf die illustrierte Wochenschrift „In Freien Stunden“. Alle Parteigenossen und Parteigenossinnen, die eine gute Lektüre der seichten Schundliteratur vorziehen, sind hiermit eingeladen, sich dem Leserkreise der „Freien Stunden“ anzuschließen. Unsere Wochenschrift bringt wertvolle Romane der Weltliteratur und fesselnde, volkstümliche Novellen, Skizzen und Aufsätze aus allen Wissensgebieten, zum Teil illustriert, ferner zahlreiche kleinere Notizen und die ständige Rubrik „Scherz und Satire“. Mit dem letzten Heft jeden Halbjahres erhalten die Abonnenten vollständig kostenfrei ein wertvolles Kunstblatt (Wandschmuck). Jedes Heft von „In Freien Stunden“ ist 24 Seiten stark und kostet 10 Pf.

Als Hauptroman kommt zum Abdruck:

Das Geld

Roman von E. Zola. Mit künstlerischen Illustrationen.

Dieser Roman gehört zu den bedeutendsten des berühmten Erzählers. Er entrollt vor dem geistigen Auge des Lesers packende Bilder jener Einrichtung, die gleichsam das Herz der kapitalistischen Welt bildet: der Börse. Der Roman führt uns in die Pariser Börse um Mitte der sechziger Jahre des vorigen Jahrhunderts und zeigt uns die verborgenen Schleichwege des Spekulantentums, die zur Ergatterung von Kriegs- und anderen politischen Nachrichten bis hoch hinauf in die Ministerien führen. Die Hauptfigur des Romans ist der Spekulant Saccard, eine Erscheinung jener Großbörsianer, die, von unersättlicher Geldgier getrieben, sich in die gewagtesten Unternehmungen verwickeln und alle menschlichen Rücksichten in der Jagd nach dem Golde unter die Füße stampfen. Aber dieser Saccard ist nicht nur ein gewissenloser Schuft wie so viele andere, sondern in seiner Art auch ein glühender Phantast, sozusagen ein Künstler des Gelderwerbs und der Spekulation, der sich an der Macht des Goldes bis zur Besinnungslosigkeit berauscht. Seine phantastischen Pläne erstrecken sich über die halbe Welt und treiben seine Waghalsigkeit zu verbrecherischer Höhe. Meisterhaft schildert Zola, wie der Rausch dieses Geldmachers epidemisch um sich greift und hoch und niedrig in seinen Bann zieht. Große Kapitalien und kleine Spargroschen strömen massenhaft in die Kasse seiner Bank. Man reißt sich um die Aktien, deren Kurs infolge der gewissenlosen Manöver eine fabelhafte Höhe erreicht. Aber da ist ein Gegner, der „Börsenkönig“ Gundermann, der an seinem Fall arbeitet. Wir sehen die Parteien der Börse wie hungrige Wölfe aufeinander losgehen, bis eines Tages der große Krach kommt und der Schwindelbau unter Hinterlassung zahlreicher betrogener Opfer zusammenbricht.

Neben dem Hauptroman bringen wir zunächst zum Abdruck:

Die Geschichte des Diethelm von Buchenberg

Novelle von Berthold Auerbach.

Während der Zolasche Roman voll Unerbittlichkeit den Sumpf und die gleißenden Höhen der Großstadt zeichnet, führt uns Berthold Auerbach, der bekannte Verfasser vielgelesener Dorfgeschichten, in das bäuerliche Leben. Diethelm von Buchenberg ist ein Bauer und Schafhändler, den Großmannssucht und Habgier auf die schiefe Ebene treiben. Mit großer Treffsicherheit ist die seelische Entwickelung des Mannes zum Brandstifter und Mörder geschildert, und so bietet diese Novelle ein höchst fesselndes Charakterbild von hervorragender Schärfe und klarer Anschaulichkeit.

Der Unterzeichnete bestellt bei ____________

„In Freien Stunden“

nebst einer Gratis-Kunstbeilage, zum Preise von 10 Pfennig wöchentlich frei ins Haus

Name: ____________

Ort und Wohnung: ____________

Diesen Bestellschein nimmt auch der Zeitungsbote entgegen

Einquartierung.

Bei der durch das stellvertretende Generalkommando verfügten verstärkten Belegung Lübecks mit Truppen läßt sich die bisher geübte vierzehntägige Umquartierung der [illegible] einquartierten liegenden Mannschaften nicht mehr durchführen. [illegible] Einquartierungsdauer wird deshalb [illegible] 4 Wochen betragen.

Die zurzeit vor dem [illegible]tor befindlichen Mannschaften des Landsturm-Bataillons Lübeck und des Ersatz-Bataillons Nr. 84 verbleiben bis zum 1. August in ihren jetzigen Quartieren. Die Straßen Viktoriastr., Charlottenstr., Gertrud Straße, Brömbsenstr., St. Jürgenring — soweit noch nicht belegt —, Friedrichstraße, Trendelenburgstr., Hirtenstr., Bo[illegible] aber Straße und vielleicht die linke Seite der Kronsforder Allee von Nr. 1 bis etwa B[illegible]merstr. werden voraussichtlich am 15. d. Mts. mit Mannschaften der Genesendenkompagnie des Ersatz-Bataillons Reserve-Inf.-Reg. Nr. 84 belegt werden und bis zu 4 Wochen belegt bleiben.

Die Steuerbehörde.
Abteilung für das Einquartierungswesen.

3051)

Arbeiter-Radfahrer-Bund „Solidarität“ Mitgliedschaft Moisling.

Nachruf.

Am Sonntag, d. 11. d. Mts., starb unser langjähriger treuer Genosse

Wilh. Feddern

nach 2½jährigem schwerem Leiden an Tuberkulose.

Wir werden sein Andenken stets in Ehren halten.

Die Beerdigung findet am Mittwoch, dem 14. d. Mts., nachmittags 3 Uhr, in Genin statt. Sämtliche noch anwesenden Genossinnen und Genossen werden ersucht, an der Beerdigung teilzunehmen.

3048) **Die Ortsverwaltung.**

Beerdigungs-Institut
Fernruf 1588. **Wilh. Festerling** Hansastr. 57.
Uebernahme von Erd- u. Feuerbestattungen.
:: Ueberführung von und nach auswärts. ::
2768

Deutscher Metallarbeiterverband
Verwaltungsstelle Lübeck.

Am 6. Juli starb im Sanitätsdienst (Frankreich) unser treuer Kollege, der Dreher

Albert Bühler.

Wir werden demselben ein ehrendes Andenken bewahren.

3049) **Die Ortsverwaltung.**

Marie Nehlsen
Heinrich Neumann
Verlobte (3044
Im Felde, z. Zt. Lübeck.
13. Juli 1915.

[illegible] mit all. [illegible] 2-Zim.-Wohn. [illegible] Pr. 160—190 M. [illegible] (3045

[illegible] 1 S. u. 1 W.-Paler [illegible] zu verk.
3043) Trendelenburgstr. 2.

Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands.
Zahlstelle Lübeck.

Mitglieder-Versammlg.
am Mittwoch, dem 14. Juli
abends 8½ Uhr,
im „Gewerkschaftshaus“
Johannisstraße 50—52.

Tagesordnung:
1. Aufnahme neuer Mitglieder.
2. Abrechnung vom 2. Quartal 1915.
3. Bericht vom Gewerkschaftshaus.
4. Verbandsangelegenheiten.

Um recht zahlreiches Erscheinen ersucht
3052) **Die Ortsverwaltung.**

Visitenkarten
100 Stück von 1.— Mk. an liefert
Buchdruckerei Fr. Meyer & Co.

Ragoda
wäscht unübertroffen.
Es ist im Gebrauch bedeutend billiger als Seife. (2975

Ia. Speise-Bohnenmehl
(ohne Brotmarken) offeriert zu Mk. **0.50** per Pfd.
Carl Moll, Alsheide 12.
2478

Volksküche.
Mittwoch, 14. Juli: Buttermilchsuppe, Gulasch u. Kartoff.
Donnerstag, 15. Juli: Erbsensuppe, Schweinefleisch und Kartoffeln.
Freitag, 16. Juli: Biersuppe, Kabeljau mit Senftunke und Kartoffeln.

Touristen-Verein „Die Naturfreunde“
Versamml.
Mittwoch
abends 8½ Uhr.
3046

Deutscher Metallarbeiterverband.
Verwaltungsstelle Lübeck.

Mitglieder-Versammlung
am Mittwoch, dem 14. Juli
abends 8½ Uhr
im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50-52

Tages-Ordnung:
Bericht von der 12. Ordentlichen Generalversammlung in Berlin.

3050 **Die Ortsverwaltung.**

Nr. 161
22. Jahrgang

Beilage zum Lübecker Volksboten

Dienstag,
den 13. Juli 1915

Der Vormarsch in Kurland.

II.

Aus dem Großen Hauptquartier wird uns geschrieben:

Das vorläufige Ziel des Einmarsches in Kurland war, die Dubissa-Linie zu besetzen und Libau zu nehmen. Es ist erreicht worden und kann zweifellos behauptet werden. Unsere Stellungen sind dort sehr stark ausgebaut. Die weiteren Absichten müssen noch im Dunkeln bleiben. Aber schon mit den bisherigen Erfolgen können wir außerordentlich zufrieden sein. Die deutschen Truppen haben nicht nur im Marschieren und im Kampf gegen einen stellenweise weit überlegenen Feind Hervorragendes geleistet, sondern auch einen schönen und wertvollen Teil des russischen Bodens besetzt.

Das südliche Kurland ist landschaftlich von hohem Reiz. So sehr die kräftigen Hügelketten, die ragenden Wälder, die reich verstreuten Buschgruppen, die zahllosen Gewässer, Seen und Sümpfe dem Krieger das Leben erschweren, so sehr entzücken sie den friedlichen Beschauer. Dabei nehmen sie dem Lande doch nicht den Zauber der ungeheuren Weite. Man braucht nur einen mäßigen Weg zu ersteigen, um einen herrlichen Rundblick in meilenweite Fernen zu genießen. Es ist wahrlich leicht zu verstehen, daß sich hier einst Deutsche niedergelassen haben. Leider merken hiervon unsere Truppen jetzt wenig oder nichts. Die dünne deutsche Oberschicht ist zumeist verschwunden, als der Krieg in die Nähe kam, und die Landbevölkerung verhält sich keineswegs deutschfreundlich. Besonders über die Feindseligkeit und Spionierei der Letten, die ja seinerzeit von den Russen gegen die Deutschen aufgehetzt und revolutioniert wurden, klagen unsere Soldaten sehr. Weiter südlich bei den Litauern ists aber auch nicht viel besser. Das Leben in diesen Landstrichen, die außerhalb der wenigen Güter kaum ein nach deutschen Begriffen anständiges Haus, selbst in den großen Ortschaften keine ordentliche Wirtschaft aufweisen, ist für die Okkupationstruppen alles eher als angenehm. Die russische Regierung hat diese ursprünglich reiche Gegend wohl absichtlich stiefmütterlich behandelt, sie mit Straßen und Eisenbahnen äußerst kärglich versehen. Die Abneigung gegen die deutsch-baltischen Großgrundbesitzer und die Furcht vor einem deutschen Einmarsch mögen da Hand in Hand gegangen sein. Immerhin war das Land noch nicht so verarmt, daß nicht bedeutende Vorräte an Lebens- und Futtermitteln, Vieh, Leder, Spiritus hätten für uns nutzbar gemacht werden können.

Von besonderem Wert war in wirtschaftlicher Hinsicht natürlich die Einnahme des großen Handelshafens Libau. In den Speichern dort haben wir ansehnliche Mengen von Exportwaren gefunden, die uns sehr zu statten kamen und den Störungsversuchen der russischen Kleinmarine zum Trotz munter nach Deutschland befördert wurden. An Schanz- und Werkzeugen fand sich der Bedarf für eine ganze Armee. Die Fabrik, in der es hergestellt war, wird vom deutschen Gouvernement weiter betrieben, ebenso werden in Libau jetzt für unser Heer angefertigt: Ketten, Beschläge, Stacheldraht. Eine Sattlerei und eine Gerberei sind im Gange; schließlich eine große Meierei zur Versorgung der armen Bevölkerung mit Milch. So leisten die Deutschen auch hier oben eine vorzügliche Organisationsarbeit, die sich selbst auf das Finanzwesen erstrecken muß, das infolge der mangelhaften Vorsorge der russischen Regierung am völligen Zusammenbruch war. Die Stadt Libau hat Assignate ausgegeben, die als Zahlungsmittel dienen; die Libauer Bank beleiht die Requisitionsscheine mit 10 vom Hundert. Der Stadt ist keine Kontribution auferleegt worden, sie hat nur Verpflegungszuschüsse an die einquartierten Truppen zu zahlen. Diese werden für ihr kräftiges Zufassen und ihre Mühen hübsch belohnt. Sie haben wohl von allen Truppen im Osten das angenehmste Leben. Libau ist eine ansehnliche Stadt und ein prächtiger Badeort mit vornehmen Villenstraßen, schönen Anlagen und herrlichem Strande; die Russen, zumal die Beamten sind meist geflohen.

Allein der Einfall in Kurland hat uns nicht nur wirtschaftliche Vorteile mannigfacher Art gebracht und ein wertvolles Stück Rußlands in unsere Hand gegeben, sondern er hat auch militärisch den bedeutenden Erfolg erzielt, daß der Gegner veranlaßt wurde, starke Kräfte dorthin zu werfen und dadurch seine Front an anderen Stellen zu schwächen. — Die Zusammenstöße der deutschen und der russischen Kräfte an der Dubissa-Linie haben unter vielfachen blutigen Kämpfen stattgefunden. Dabei sind unsere Truppen allmählich von der Defensive, die mit starken Gegenstößen geführt wurde, zur Offensive übergegangen.

Aus der ersten Periode sei ein Gefecht herausgegriffen, das für die damaligen Kämpfe an der Dubissa bezeichnend ist und das ein vorbildliches Zusammenwirken der drei Hauptwaffen aufwies. Die Russen, die auf den Besitz der Dubissa-Stellung und besonders des sie beherrschenden Straßenknotenpunktes Rossienie den größten Wert legten, führten am 22. Mai eine neue Kerntruppe heran: die aus vier Infanterie-Regimentern und der zugehörigen Artillerie bestehende 1. kaukasische Schützenbrigade. Diese ging, unterstützt durch die 15. Kavallerie-Division, auf Rossienie los, wurde aber zunächst einen ganzen Tag lang von den Vorposten unserer Kavallerie jenseits der Dubissa aufgehalten. Die Zeit genügte, um ausreichende deutsche Verstärkungen heranzuholen und einen Gegenstoß vorzubereiten. Am 23. Mai ließen wir den Feind über den Fluß herüberkommen und sich Rossienie von Norden her nähern. Nachts aber wurde der größere Teil unserer Truppen um den westlichen Flügel des Gegners herumgeführt und zum Angriff bereit gestellt. Als es hell wurde, brach das Verhängnis los. Starkes Artilleriefeuer aus unserer Stellung nördlich von Rossienie ergoß sich auf die russischen Schützengräben. Gleichzeitig stürzte sich unsere Infanterie auf die Flanke der russischen Stellung und rollte diese auf. Ohne ernsten Widerstand zu leisten, flohen die Russen nach der Dubissa zurück, um sich zunächst unserer Artilleriewirkung zu entziehen. Erst im Walde auf dem Westufer des Flusses setzten sie sich wieder fest. Nun machte sich aber der Druck unserer vom Süden her vorgehenden Truppen fühlbar. Gleichzeitig griffen Teile unserer Kavallerie vom Norden her gegen den Rücken ein.

Unter diesen Umständen setzten die Russen den Kampf nicht weiter fort. Sie vermochten auch die als Brückenkopf auf dem Westufer stark ausgebaute Stellung nicht zu behaupten. Im kühnen Anlauf überwanden unsere tapferen Truppen die Drahthindernisse, und nun fluteten die russischen Massen über das Tal der Dubissa zurück im wirksamsten Feuer unserer Infanterie, Artillerie und Maschinengewehre. Dabei erlitten sie ganz gewaltige Verluste. Zahlreiche Verwundete brachen im Fluß zusammen und ertranken.

Aber auch auf den jenseitigen Höhen fanden die Russen keinen Schutz. Hier mußten sie den weiteren Rückzug unter dem flankierenden Feuer unserer Kavallerie fortsetzen, die inzwischen den Fluß überschritten hatte und nun gegen die Rückzugstraße vorging. Wiederum häuften sich die Verluste.

Es ist begreiflich, daß sich unter diesen Umständen nur Trümmer der kaukasischen Schützen zu retten vermochten. 2500 Gefangene und 15 Maschinengewehre blieben in unserer Hand. Rechnet man die blutigen Verluste hinzu, so haben die Kaukasier mindestens die Hälfte ihres Bestandes eingebüßt. Die Brigade war für längere Zeit gefechtsunfähig und zeigte auch später, als sie mit neuen Mannschaften wieder ausgefüllt war, keine rechte Kampfkraft mehr. Unsere Truppen dagegen, die verhältnismäßig geringe Verluste erlitten hatten, zogen fröhlich singend in ihre Stellungen ein. Ihre heitere Siegeszuversicht war herzbewegend.

Aehnliche wohlgelungene Vorstöße gegen den immer von neuem andringenden Feind haben unsere Truppen mehrfach an der Wenta ausgeführt. Am 5. Juni setzte dann eine vom Armee-Oberkommando geleitete Offensive auf der ganzen Linie ein, die unsere Linien wieder ein beträchtliches Stück vorwärts schob. Wir kamen über die Dubissa hinaus, errangen in hartnäckigen schweren Kämpfen den Uebergang über den Windawski-Kanal, besetzten die viel umstrittene blutgetränkte Höhe 145 bei Bubie, schoben uns so weit an Szawle heran, daß unsere schweren Geschütze schon in die Stadt hineinreichen und nahmen Kuze, 12 Kilometer nordwestlich von Szawle, am 14. Juni fand diese Operation ihr vorläufiges Ende. Das Weitere bleibt abzuwarten.

Die Russen haben in allen diesen Kämpfen ungeheure Verluste an Toten, Verwundeten und Gefangenen gehabt. Dagegen sind sie mit ihrer schweren Artillerie sehr vorsichtig geworden und mit Offizieren sehr knapp. Bezeichnend ist, daß unter 14 000 Gefangenen nur wenige Offiziere waren und kein Geschütz genommen wurde. Das scheinen Anzeichen für den Verfall der russischen Heeresmacht auch an dieser Stelle zu sein. Sie sollen beobachtet und verwertet werden.

Eine Konferenz von Vertretern der Verbandsvorstände

tagte in Berlin in der Zeit vom 5. bis 7. Juli dieses Jahres. Sie nahm an erster Stelle den Geschäfts- und Kassenbericht der Generalkommission entgegen. Ein vollständiger Bericht über die Tätigkeit der Generalkommission seit dem Münchener Gewerkschaftskongreß konnte noch nicht vorgelegt werden, da eine Reihe von Materien sich noch im Stadium der Verhandlungen befinden und deren Abschluß abgewartet werden muß. Ein auszugsweiser Bericht sowie eine Uebersicht über die Kassenführung soll in der nächsten Ausgabe des „Correspondenzblattes" veröffentlicht werden. Eine Diskussion knüpfte sich an diesen Teil der Tagesordnung nicht. Dem Kassierer wurde einstimmig Entlastung erteilt. Zu eingehenden Beratungen führte die Frage der Anrechnung der Kriegsdienstzeit auf die Mitgliedschaft in den Gewerkschaften. Es handelte sich dabei um eine Fülle von Einzelfragen, über die zurzeit eine Uebereinstimmung nicht zu erzielen war, so die Anrechnung der Kriegsdienstzeit auf die Rechte bei solchen Mitgliedern, die bereits vor dem Kriege ihre Karenzfrist für Unterstützungsbezug erfüllt hatten, ferner die Behandlung von Mitgliedern, die vor dem Eintritt in den Heeresdienst noch nicht unterstützungsberechtigt waren, die Wiederauflebung von Unterstützungsrechten der Ausgesteuerten auf die Arbeitslosenunterstützung nach dem Kriege usw. Eine der Konferenz vorgelegte Uebersicht aus den Statuten der einzelnen Verbände ergibt die größte Verschiedenartigkeit der geltenden Bestimmungen, wozu bei einzelnen Gewerkschaften noch neuerliche Beschlüsse der Verbandsinstanzen hinzukommen. Der Wunsch nach einheitlichen Grundsätzen trat zwar stark hervor, doch war man sich auch der Schwierigkeiten ihrer Durchführung bewußt. Die Konferenz gelangte daher zunächst nur zu dem Urteil:

„Die Konferenz ist der Meinung, daß eine Anrechnung der Kriegsdienstzeit als Beitragszeit nicht allgemein durchführbar ist, weil die dadurch entstehende finanzielle Belastung für den größten Teil der Verbände zu stark sein würde." —

und verschob die Beschlußfassung über positive Einheitsgrundsätze bis zur nächsten Konferenz.

Eine Umfrage darüber, wie viele Gewerkschaften ihre alten Satzungen wieder in Kraft gesetzt haben, ergab, daß 16 Gewerkschaften wieder zu ihren alten Satzungen zurückgekehrt sind, bezw. dieselben gar nicht außer Kraft gesetzt hatten, während 31 Gewerkschaften noch nicht wieder die vollen statuarischen Unterstützungen zahlen. Der überwiegende Teil hat die früheren Unterstützungen wieder eingeführt, doch noch nicht die vollen Leistungen.

Zur Beratung der Kriegsbeschädigtenfürsorge gab die Generalkommission einen kurzen Bericht über ihre bisherigen Bemühungen um eine reichszentralistische Organisation, die leider bei dem Bedenken der Reichsregierung, in die Hoheitsrechte der Bundesstaaten einzugreifen, erfolglos blieben. Immerhin wurden infolge ihrer Mitwirkung in der Organisation für die Provinz Brandenburg einige allgemeine Grundsätze aufgestellt und den Gewerkschaften und Kartellen empfohlen, nach diesen zu verfahren. Es müsse verhütet werden, daß die Kriegsbeschädigten bei ihrer Rückkehr zur Erwerbsarbeit unbilliger Behandlung ausgesetzt und zur Lohndrückerei verwendet, und daß die gewerkschaftlich geregelten Lohn- und Arbeitsverhältnisse durch ihre Ausnützung untergraben würden. Der Vorsitzende des Holzarbeiterverbandes gab Aufschluß über dessen umfangreiche Tätigkeit auf diesem Gebiete; besonders die von dem Verband arrangierten Lichtbildervorträge erfreuten sich starker Beteiligung bei Arbeitern und Behörden. Die ausgiebige Diskussion führte zur Annahme der folgenden Leitsätze:

„Die Konferenz der Vertreter der Verbandsvorstände hält es aus ethischen und volkswirtschaftlichen Gründen für dringend erforderlich, daß den Kriegsbeschädigten, soweit dies irgend angängig ist, Arbeitsgelegenheit in Industrie, Handel, Gewerbe und Landwirtschaft sowie in den Reichs-, Staats- und Gemeindebetrieben geboten wird.

Sie bedauert, daß die Bemühungen der Generalkommission zwecks Errichtung einer Reichszentralstelle der Organisation zur

---

Friedemann Bach.

Roman von A. E. Brachvogel.

5. Fortsetzung.

„Sind die beiden Musikmeister bereit?" fragte er Fleming.

„Ja, Ew. Majestät, und warten auf Allerhöchsten Befehl."

„Stellen Sie mir den Bach aus Weimar vor."

Fleming verbeugte sich, eilte zum Klavier, und kam in wenigen Augenblicken mit Sebastian Bach, der einen einfachen schwarzen Rock und den Hut im Arm trug, zurück. Hinter beiden folgte Volumier mit ängstlich bekümmertem Gesicht. Alle Blicke wandten sich auf die Gruppe.

„Das ist Bach, Ew. Majestät," sagte vorstellend Fleming mit etwas mitleidigem Lächeln.

„Er hat sich also angemaßt, dem Marchand eine Herausforderung zu einem musikalischen Wettstreit zu schicken?"

„Jawohl, Ew. Majestät. Ich hab' aber nicht gemeint, daß ich mich vor Ew. Majestät damit großtun wolle."

„Ah, und jetzt wird ihm bange? Er hat sich wahrscheinlich zu viel vorgesetzt?"

„Nein, bange ist mir nicht, Majestät. Die deutsche Kunst braucht sich nicht zu fürchten vor den Herren Franzosen."

„So so! Wollen sehen. Es scheint aber nicht, daß die deutsche Kunst so viel einbringt, als die französische," und der König warf einen Blick auf das schlichte unmoderne Gewand Sebastians.

„Da haben Ew. Majestät recht. Daraus muß sich aber der Künstler nichts machen. Wer nach dem Guten strebt, soll sich vorher sagen, daß der Flitterkram und das Blendwerk, was die Sinne kitzelt und leicht ist, schneller Eingang findet und besser bezahlt wird, als das ernste ehrliche Streben. Wer das nicht vorher überlegt, muß nicht erst anfangen, Majestät."

Alles war erschreckt über die beispiellos kecke Antwort des Organisten, und Volumier zupfte erbleichend Sebastian am Schoß. August runzelte die Stirn, seine Wangen überflog ein leichtes Rot, und er sah mit einem jener Blitze, die schon manchen Höfling zagen gemacht, auf ihn nieder. Als aber Sebastians klares ruhiges Auge die stille Drohung so ruhig aushielt, lächelte der König.

„Nun spiel Er. Fleming, lassen Sie Marchand rufen."

Der König ließ sich nieder, die Versammlung nahm Platz, und Bach stand neben Volumier am Instrument, indes Fleming nach dem Toilettenzimmer eilte, um den französischen Meister einzuführen.

Es herrschte eine lautlose Stille, in der jedermanns Beklemmung und Neugierde wuchs. Der König war augenscheinlich nicht in der besten Laune. Sei es, daß Klettenbergs kostspieliger und nutzloser Versuch oder Bachs Benehmen ihn verletzt, sei's, daß er unangenehme Herzensregungen bei Aurorens Worte empfunden: genug, jeder fühlte, daß der Unterliegende bei diesem Wettstreit keine beneidenswerte Rolle spielen werde. Schon sendete Gräfin Denhof ein mitleidiges Lächeln zu Bach hinüber, und Baron von Schmiedel sagte zu Fürstenberg: „Ich werde heut abend eine Kondolenzkarte schreiben."

In demselben Augenblick entstand bei der Galerie eine seltsame Bewegung, und Fleming, totenbleich, schwankte auf den König zu.

„Was haben Sie, Fleming?"

„Majestät, ich bin sprachlos vor Entsetzen! Vor einer Viertelstunde war Marchand noch hier — in meinem Toilettenzimmer — und nun — ist er fort!"

„Fort?!" und der König erhob sich gereizt, und dunkle Röte überzog sein Gesicht.

„Fort?! — Nein, Sie irren nur. Es wird ihm unwohl geworden sein. Er hat vielleicht in der Eile seine Noten vergessen. Volumier und Vitzthum, eilen Sie in seine Wohnung und sehen Sie, was der Mann macht!"

Damit wandte sich der Fürst zur Königin und Königsmark, und ging in eine leichte Konversation über.

Man stand in Gruppen umher und besprach den ominösen Zwischenfall. Volumier und Vitzthum hatten indes das Hotel verlassen. Fleming stand allein, mühsam sich bemeisternd, und suchte sich durch ein Zeichen mit der Denhof zu verständigen, die, wie er, in Todesangst war, sich zu kompromittieren.

Er sah sie starr an, zuckte unmerklich mit den Achseln, und die schöne Gräfin verbarg hinter dem Fächer zwei Tränen der Wut und Enttäuschung. Der alte General von Klenzel aber trat mit richtigem Taktgefühl zu Bach und fragte ihn in liebenswürdiger Weise nach seinen Verhältnissen. — Nach Verlauf einer Viertelstunde, in der es schien, als habe August bereits den ganzen Vorfall vergessen, kamen Vitzthum und Volumier zurück. Ersterer ein Notenbuch, in grünem Samt gebunden, im Arm, schritt auf den König zu, der ihn fragend anblickte.

„Majestät, halten zu Gnaden, wir fanden die Wohnung von Mr. Marchand leer. Vor einer Viertelstunde hat er mit Sack und Pack Dresden verlassen. Das einzige, was von ihm zurückgeblieben, ist das Chanson mit Variationen, das er Ew. Majestät unlängst dedizierte."

Die Versammlung war starr vor Schreck. Mechanisch wandten sich aller Augen nach der unglücklichen Denhof und Fleming, die den Franzosen so angelegentlich empfohlen hatten. Jeder wußte, daß August am wenigsten der Mann sei, eine Täuschung zu vertragen. Doch der König bezwang sich noch, nahm mit großer Ruhe das Chanson, das ihm Vitzthum reichte, und winkte Bach zu sich.

„Sein Gegner hat, wie's scheint, aus irgend einem Grunde für jetzt das Feld geräumt. Das beweist aber noch nicht, daß Er ihm überlegen ist. Wir haben hier eine seiner Kompositionen, die das Geistreichste und Schwierigste ist, was er vor uns spielte. Seh' Er sie an. Traut Er sich sie nachzuspielen?"

Bach blätterte einen Moment in den Noten.

„Majestät, solch Zeug spiel' ich nicht. Die Musik ist eine schöne edle Kunst, eine Gottesgabe, die nicht zu solchen Schnurren da ist. Wollen Euer Majestät das da aber hören, so hab' ich meinen Jungen, den Friedemann, bei der Hand, der kann sie spielen."

„Was? Was sagt Er da?! Er kann oder will das nicht spielen?!"

„Nein, das spiel ich nicht, Majestät!"

„Hm! Nun laß Er Seinen Jungen rufen."

Man ließ sich nieder. Bach trat in die Galerie und brachte Friedemann an der Hand herein. Der Knabe, obwohl rot vor innerer Bewegung, setzte sich ans Instrument, Volumier wandte, in sich hineinlächelnd, die Blätter um, und Bach der Vater trat, als ginge ihn das alles nichts an, auf die Seite. Friedemann begann ruhig und sicher das Thema, und führte die Variationen durch alle Umkehrungen und Verschlingungen mit solcher Reinheit und so leichter Ungezwungenheit aus, daß der König, der Hof und die ganze Versammlung in rauschenden Beifall ausbrach, als der Knabe geendet hatte.

„Er hat da einen exzellenten Jungen, Bach! Das ist ganz unerhört! Wie ist's möglich, daß man das in solchem Alter leisten kann?"

„Er hat mit vier Jahren schon angefangen, Majestät. Die Hauptsache aber ist, daß er sein lebelang die ernste Musik, den großen Kirchenstil, in der polyphone Gedanken sind, praktiziert hat. Die deutsche Musik blendet vielleicht nicht so, aber ist schwerer, und es gehört Kopf und Herz dazu, wenn man ihr etwas abgewinnen will." — —

„Da wär' es schlimm für Uns, daß man sie Uns so lange vorenthalten hat. Kann Er uns nicht etwas davon zeigen?"

„Gewiß, Majestät. Ich hab' mich gegen den Marchand unterfangen, jedes Thema, daß er mir stellen würde, zu variieren und zu fugieren. Wenn mir Euer Majestät ein Thema, womöglich ein kirchliches, stellen wollen, so bin ich bereit."

„Das geht wohl mehr die Damen an," sagte August sich zur Königin wendend. „Wollen Euer Majestät vielleicht das übernehmen."

(Fortsetzung folgt.)

Fürsorge für die Kriegsbeschädigten bisher ohne Erfolg geblieben und infolgedessen die erforderlichen Maßnahmen nicht einheitlich sind.

Sie fordert, um den Gewerkschaften die Mitarbeit in den Fürsorgeorganisationen zu ermöglichen, daß in dieser Bestimmung getroffen wird, daß

1. zur Berufsberatung der Kriegsbeschädigten Vertreter der Gewerkschaften herangezogen werden;
2. der Rentenbezug für die Unternehmer nicht ein Mittel zum Lohndruck sein darf, d. h. daß die Kriegsbeschädigten vollwertig nach ihrer Arbeitsleistung entlohnt werden;
3. die Tarifverträge auch für die Kriegsbeschädigten gelten und eine Aenderung oder Außerkraftsetzung der Tarife nur unter ausdrücklicher Zustimmung der in Betracht kommenden Gewerkschaft erfolgen darf.

Die Konferenz hält es für dringend notwendig, daß paritätische Kommissionen von Unternehmer-, Angestellten- und Arbeiterorganisationen auch über die Kriegsdauer hinaus eingesetzt werden, durch die Streitigkeiten aus dem Arbeitsverhältnis der Kriegsbeschädigten zu entscheiden sind."

Nicht minder eingehend wurde die Frage der Organisation der Arbeitsvermittelung erörtert. Der von der Generalkommission gegebene Bericht bedauert, daß die Reichsregierung nicht den vom Reichstag beschlossenen Vorschlägen der Gewerkschaftsgruppen gefolgt und eine durchgreifende Organisation der Arbeitsvermittelung angeordnet habe. Immerhin versprechen die vom Bundesrat am 2. Juni d. J. verfügten Maßnahmen zur Durchführung einer einheitlichen Statistik der Arbeitsvermittelung (Anmeldung der Arbeitsnachweise bis zum 1. Juli d. J. und Mitteilung der Arbeitsgesuche und offenen Stellen wöchentlich zweimal vom 1. August d. J. ab), sowie die Errichtung von Zentralauskunftsstellen in den einzelnen Städten und Bezirken eine Besserung, und die Gewerkschaftsnachweise sollten nicht versäumen, sich an den letzteren zu beteiligen. Zu warnen sei aber vor den von Dr. R. Freund-Berlin, dem Vorsitzenden des Verbandes deutscher Arbeitsnachweise, propagierten System von Auskunftszentralen, denn dieser „Sozialpolitiker" versuche bei jeder Gelegenheit, seinen Verband zum hauptsächlichsten Träger der Organisation der Arbeitsvermittelung zu machen und er maße sich sogar selbst die Auswahl der Vertreter gewerkschaftlicher Arbeitsnachweise an. Die Gewerkschaften mögen daher auf der Hut sein und bei der Errichtung von Zentralauskunftsstellen überall verlangen, daß auch ihre Nachweise gemäß den im preußischen Runderlaß vom 21. Mai d. J. gegebenen Anweisungen vertreten sind. Die Debatte ergab im allgemeinen Uebereinstimmung über die Mitwirkung der Gewerkschaften an der Organisation der Arbeitsvermittelung.

Einige Beschwerden aus Gewerkschaftskreisen, die sich auf Differenzen innerhalb der Arbeiterbewegung während des Krieges, insbesondere in der letzten Zeit, beziehen, gaben Anlaß zu einer längeren Aussprache über diese Angelegenheit. Es handelte sich neben lokalen Vorkommnissen vor allem um die Bestrebungen gewisser, mit der Haltung der Parteimehrheit und der Reichstagsfraktion seit dem Kriegsausbruch unzufriedenen Gruppen und Grüppchen, diesen Parteistreit auch in die Gewerkschaftskreise hineinzutragen und durch eine von gewissen Zentren aus geleitete Desorganisationskampagne die Parteieinheit zu sprengen und die Einigkeit in der Arbeiterbewegung zu zerstören. Vor allem offenbare sich diese Unterminierungsarbeit in dem Flugblatt an den Parteivorstand. Gewerkschaftler wurden aufgefordert, mit voller Angabe ihrer Organisationsstellung und ihrer Funktionen das Schriftstück zu unterzeichnen, und dessen Schluß lautet:

„Die Alternative lautet schlechthin: Parteirettung oder Parteizerstörung? Wir warnen vor der Fortsetzung der Politik des 4. August und des 29. Mai. Wir wissen, daß wir die Auffassung eines großen Teiles der Parteigenossen und breiter Bevölkerungsschichten ausdrücken, wenn wir fordern, daß Fraktion und Parteivorstand endlich ohne Zaudern dem Parteiverderben Einhalt tun, den Burgfrieden aufsagen und auf der ganzen Linie den Klassenkampf nach den Grundsätzen des Programms und der Parteibeschlüsse, den sozialistischen Kampf für den Frieden eröffnen. Die Verantwortung für alles, was sonst kommt, fällt denen zu, die die Partei auf die abschüssige Bahn getrieben haben und ferner darauf erhalten wollen."

Gegen diese Desorganisationsabsichten hat die Generalkommission in einer in Nr. 26 des „Correspondenzblattes" publizierten Erklärung Protest erhoben. Die Vertreter der Verbandsvorstände stellten sich in eingehender Debatte, in der es nicht an scharfen Verurteilungen der gemeinschädlichen Treibereien der Mißvergnügten fehlte, einmütig auf den Standpunkt der Generalkommission, indem folgende Resolution einstimmig zum Beschluß gelangte:

„Die Konferenz schließt sich der von der Generalkommission im „Corr.-Bl." veröffentlichten Erklärung, die sich gegen die Sonderbündelei richtet, an. Sie weist mit aller Entschiedenheit die Versuche zurück, die Arbeiterschaft in dieser kritischen Zeit zu Handlungen zu veranlassen, die den Interessen der Arbeiterklasse zuwiderlaufen. Uneinigkeit und Zersplitterung in die Gewerkschaften tragen und die Einheit der sozialdemokratischen Partei zerstören können.

Nur eine einige und geschlossene Partei kann die Interessen der gewerkschaftlichen Organisationen erfolgreich vertreten.

Die Konferenz hält die Stellung, die von der übergroßen Mehrheit der sozialdemokratischen Fraktion und des Parteiausschusses sowie von dem Parteivorstande eingenommen ist, für diejenige, die allein in dieser schweren Zeit den Interessen der Arbeiterschaft im allgemeinen und den Gewerkschaften im besonderen dient.

Die von den Sonderbündlern in der Partei vertretenen Ansichten widersprechen dem Wesen und Wirken der Gewerkschaften, ihre Durchsetzung wäre die Preisgabe alles dessen, was die Gewerkschaften geschaffen haben und erstreben."

Damit ist die Stellung der deutschen Gewerkschaften zu den Angriffen auf die Einheit der Partei gekennzeichnet. Die Gewerkschaften müssen im gleichen Sinne allen Versuchen der Zersplitterung der Arbeiterbewegung mit allem Nachdruck entgegentreten.

Eine Beschwerde über die systematisch betriebene Einführung polnischer Arbeiter in die Textilbezirke und deren Ausnutzung zum Nachteil der deutschen Arbeiter wurde der Generalkommission zur weiteren Verfolgung überwiesen.

Hinsichtlich der Aufnahme weiterer Statistiken wurde als Termin für die nächste Kriegsstatistik der Gewerkschaften der 31. Juli angenommen und ferner beschlossen, von der Aufnahme größerer Lohnstatistiken so lange abzusehen, bis die Statistische Kommission zwecks Aufstellung einheitlicher Grundsätze darüber beraten hat. Die Generalkommission wurde ermächtigt, zur Förderung der Kriegsbeschädigtenfürsorge eine Zentralstelle zu schaffen und nach Bedarf einen Beamten für diese Tätigkeit anzustellen.

Die Entscheidung des Reichsversicherungsamts, wonach die Krankenkassen berechtigt seien, auf das zu zahlende Krankengeld auch die von Gewerkschaften gewährte Krankenunterstützung anzurechnen, auch wenn den Mitgliedern ein Rechtsanspruch auf letztere nicht zusteht, hatte bereits eine frühere Konferenz beschäftigt. Die Bemühungen der Generalkommission, eine Aenderung der Rechtslage im Reichstag oder bei der Regierung herbeizuführen, sind erfolglos geblieben. Es sollen nunmehr für die nächste Konferenz der Vorstände geeignete Vorschläge für eine Aenderung der Gewerkschaftssatzungen vorbereitet werden.

Am Schlusse wurde über den vom jüngsten Verbandstag der Metallarbeiter beschlossenen Antrag beraten: „Der Hauptvorstand wird ersucht, bei der Generalkommission die Gründung einer wöchentlich erscheinenden gewerkschaftlichen Frauenzeitung zu erwirken". Der Antrag fand sehr allseitige Zustimmung in der Diskussion. Es wurde hervorgehoben, daß die von der Genossin Zetkin redigierte „Gleichheit" für gewerkschaftliche Zwecke völlig ungeeignet sei und sich auch trotz wiederholter Aufforderungen keine Mühe gab, diesen Ansprüchen zu genügen. Ein Frauenblatt, das für einfache Arbeiterinnen verständlich sei und sich nicht in verstiegenen Theorien und hochtrabenden Stilübungen ergehe, sei notwendig und nicht länger aufzuschieben. Von einem Redner wurde eine vorherige Aussprache mit dem Parteivorstand über eine zweckentsprechende Umgestaltung der „Gleichheit", von einem anderen die Herausgabe einer gewerkschaftlichen Frauenkorrespondenz gewünscht. Für das erstere wurde weder ein Bedürfnis noch ein voraussichtlicher Erfolg anerkannt, doch brauche man einer solchen Aussprache nicht aus dem Wege zu gehen. Eine Korrespondenz gebe die Genossin Hanna bereits heraus und sie könne fortgesetzt werden, wenn sich für die Herausgabe eines Frauenblattes Schwierigkeiten ergeben sollten.

Schließlich wurde die Generalkommission beauftragt, ein solches gewerkschaftliches Frauenblatt baldmöglichst herauszugeben. Dasselbe wird den beteiligten Gewerkschaften zum Selbstkostenpreise für ihre weiblichen Mitglieder zugestellt.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Errichtung von Vertriebsgesellschaften für den Steinkohlen- und Braunkohlenbergbau.

Amtlich wird gemeldet: Durch eine auf Grund des Ermächtigungsgesetzes vom 4. 8. 1914 vom Bundesrate beschlossene Verordnung, betreffend die Errichtung von Vertriebsgesellschaften für den Steinkohlen- und Braunkohlenbergbau, werden die Landeszentralbehörden ermächtigt, die Besitzer von Steinkohlenbergwerken und Braunkohlenbergwerken ohne ihre Zustimmung zu Gesellschaften zu vereinigen, denen die Regelung der Förderung sowie der Absatz der Bergwerkserzeugnisse der Gesellschafter obliegt. Die Errichtung einer derartigen Zwangsgesellschaft hat zur Folge, daß die beteiligten Bergwerksbesitzer in dem Absatz der gewonnenen Bergwerkserzeugnisse nicht mehr frei sind, sondern Beschränkungen unterliegen, die sich aus der Verordnung selbst und aus der Satzung ergeben, die zur näheren Regelung der Rechtsverhältnisse der Gesellschaft und der Gesellschafter von der Landeszentralbehörde zu erlassen ist. Nach der Verordnung obliegt den Gesellschaften namentlich die Verpflichtung, vom Geschäftsbeginn der Gesellschaft ab ihre Bergwerkserzeugnisse der Gesellschaft zum Zwecke des Absatzes zu überlassen. Zur Sicherung der öffentlichen Interessen gegenüber dem starken wirtschaftlichen Einfluß, den ein solches Zwangssyndikat der Zechenbesitzer haben muß, sind in der Verordnung dem Staate verschiedene Aufsichtsbefugnisse eingeräumt. Insbesondere ist ihm eine gewisse Einflußnahme bei der Preisbildung vorbehalten. Auch ist die Bestellung eines Staatskommissars vorgesehen, der an den Versammlungen der Gesellschaftsorgane mit beratender Stimme teilnehmen und die gefaßten Beschlüsse wegen Verletzung der Gesetze, der Satzung oder öffentlichen Interessen beanstanden kann. Ueber die Berechtigung der Beanstandung entscheidet die Landeszentralbehörde. Die Verordnung wird alsbald bei der Frage der Erneuerung des Rheinisch-Westfälischen Kohlensyndikats praktische Bedeutung gewinnen. Der Vertrag, auf dem die Tätigkeit des Syndikats beruht, läuft mit dem 31. Dezember 1915 ab; schon vom 1. Oktober 1915 ab können die bisher beim Syndikat beteiligten Zechenbesitzer über ihre Produktion für die Zeit nach dem 1. Januar 1916 frei verfügen. Die bisherigen Versuche, eine Verständigung über den neuen Vertrag herbeizuführen, sind ohne Erfolg geblieben, hauptsächlich infolge der großen Schwierigkeiten, die wegen der Beteiligung der sogenannten Außenseiter bei dem neuen Syndikat hervorgetreten sind. Der Eindruck des syndikatlosen Zustandes würde von tiefgreifenden Störungen unseres wirtschaftlichen Lebens sein. Zunächst wäre in Zeiten der Kohlenknappheit eine ungehemmte Aufwärtsbewegung der Kohlenpreise zu Lasten der Verbraucher zu erwarten, der dann in Zeiten reichlichen Kohlenangebots ein starker Preissturz mit seinen für die Löhne der Bergarbeiter und die Finanzen der im Kohlengebiet gelegenen Gemeinden gleich nachteiligen Wirkungen folgen würde. Derartigen wirtschaftlichen Erschütterungen muß während des Krieges und der auf ihn folgenden Jahre mit allen zulässigen Mitteln vorgebeugt werden. Das durch die Verordnung in Ermangelung einer gütlichen Einigung der Beteiligten vorgesehene Zwangssyndikat sichert eine weitere ruhige Entwicklung des Bereiches des Kohlenbergbaues und bietet insbesondere durch den dem Staate vorbehaltenen Einfluß die Möglichkeit, für eine gewisse Stetigkeit der Kohlenpreise zu sorgen, bei der sowohl die Bedürfnisse des Bergbaues als auch die berechtigten Interessen der Verbraucher gebührend berücksichtigt werden. Die Verordnung des Bundesrats läßt übrigens auch nach ihrem Inkrafttreten den Zechenbesitzern des Niederrheinisch-Westfälischen Steinkohlenreviers noch den Weg des freiwilligen Zusammenschlusses offen, denn sie bestimmt ausdrücklich, daß von der den Landeszentralbehörden beigelegten Befugnis zur Bildung eines Zwangssyndikats kein Gebrauch zu machen ist, wenn von den Bergwerksbesitzern, deren Förderung mehr als 97 Proz. der Gesamtförderung des in Betracht kommenden Bezirks ausmacht, innerhalb der durch die Landeszentralbehörde zu bestimmenden Frist eine Vereinigung zwecks gemeinsamen Absatzes der Bergwerkserzeugnisse durch Vertrag gebildet wird. Voraussetzung hierbei ist, daß die Landeszentralbehörde durch den geschlossenen Vertrag die öffentlichen Interessen gewahrt erachtet. Dadurch ist also dem Staat auch für den Fall einer freiwilligen Syndikatsbildung ein gewisser Einfluß gewahrt.

Gegen den Lebensmittelwucher.

Der demnächst zusammentretende bayerische Städtetag wird sich mit einem Gesamtverbot der Massenaufkäufe von Lebensmitteln beschäftigen. Der Städtetag will sich zu diesem Zwecke an die Generalkommandos wenden. Den Grund hierzu gab ein Antrag des Augsburger Magistrates, alle Einkäufe von Lebensmitteln unter die strengste Aufsicht der Generalkommandos zu stellen. Der Regierung ist der Antrag ebenfalls unterbreitet worden.

Erhaltung des kommunalen Wahlrechts der Kriegsteilnehmer in Preußen.

Zur Erhaltung des kommunalen Wahlrechts der Kriegsteilnehmer erging soeben mit Gesetzeskraft eine Königliche Verordnung, die den Gemeinden die Befugnis gibt, durch Gemeindebeschluß für 1915/1916 anzuordnen, entweder, daß von einer Aufstellung, Berichtigung und Auslegung der Liste der stimmfähigen Bürger (Gemeindeglieder) ganz abgesehen und bei den Wahlen die letzte endgültige Liste zugrunde gelegt wird, oder daß bei der Aufstellung und Berichtigung der Listen hinsichtlich der Kriegsteilnehmer die Minderung der veranlagten Steuersätze oder Einkommenbezüge gegenüber der letzten endgültigen Liste außer Betracht bleibt.

Verbot des Verkaufs von Erzeugnissen der Kartoffeltrocknerei.

Das Reichsgesetzblatt Nr. 87 veröffentlicht die folgende Bekanntmachung des Reichskanzlers vom 7. Juli: „Kaufverträge über Kartoffelflocken, Kartoffelschnitzel (Kartoffelscheiben, Kartoffelgries), Kartoffelwalzmehl, feuchte und trockene Kartoffelstärke sowie Kartoffelstärkemehl aus der inländischen Kartoffelernte des Jahres 1915 sind nichtig. Dies gilt auch für Verträge, die vor Verkündigung dieser Verordnung geschlossen sind."

Die finanziellen Maßnamen der Regierung.

In der Zusammenkunft der bundesstaatlichen Finanzminister am 10. Juli gab, wie die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" berichtet, der Staatssekretär des Reichsschatzamts Dr. Helfferich einen Ueberblick über die Finanzlage des Reiches und die zur Durchführung des Krieges bisher ergriffenen und weiterhin geplanten Maßnahmen. Die hierauf folgende Aussprache ergab die allseitige Uebereinstimmung in der günstigen Beurteilung der deutschen Finanzkraft und die einstimmige Bekundung des unerschütterlichen Entschlusses des opferbereiten Zusammenwirkens bis zum siegreichen Frieden. Die vom Reichsschatzsekretär in Aussicht genommenen finanziellen Maßnahmen, insbesondere seine Vorschläge über eine bei den gesetzgeberischen Körperschaften in der nächsten Tagung des Reichstags einzubringende neue Kreditvorlage, fanden einhellige Zustimmung. Auch über die Frage der Besteuerung der sogenannten Kriegsgewinne fand ein Meinungsaustausch statt, der eine Uebereinstimmung darin ergab, daß die Erhebung einer Sondersteuer auf den durch den Krieg und während des Krieges entstandenen Vermögenszuwachs dem Reiche zustehe.

Maßnahmen gegen Lebensmittelwucher.

Wie die Korrespondenz Hoffmann erfährt, ist der Erlaß des stellvertretenden Generalkommandos des 1. Bayerischen Armeekorps, der sich mit Strafandrohungen gegen den Lebensmittelwucher wendet, auch von den stellvertretenden Generalkommandos des 2. und 3. Armeekorps in Würzburg und Nürnberg in vollem Umfang übernommen worden. Hiernach ist diese wichtige Angelegenheit nunmehr einheitlich für ganz Bayern geregelt.

Neue Höchstpreise für Getreide und Mehl.

Nach einer Meldung der „Kreuzztg." wird voraussichtlich Ende dieser Woche der Bundesrat eine Verordnung erlassen über die Festsetzung neuer Höchstpreise für Getreide und Mehl.

Für Preußen erlassen jetzt die zuständigen Minister die Ausführungsanweisungen für die neue Brotgetreide- und Mehlversorgung.

Allerlei Kriegsnachrichten.

Die Preußische Verlustliste Nr. 272

enthält folgende Truppenteile:

Kriegsministerium.

Infanterie usw.: Garde: 4. Garde-Regiment z. F.; 1. Garde-Reserve-Regiment; Grenadier-Regimenter Alexander und Franz; Garde-Jäger-Bataillon. — Grenadier-, bzw. Infanterie-, bzw. Füsilier-Regimenter Nr. 2, 4, 6 (s. Inf.-Regt. Nr. 330), 9, 25, 26, 29, 32, 34, 38, 40, 42, 44, 45, 46, 47, 49, 52, 57, 59 (s. auch Ers.-Inf.-Regt. Gropp), 61, 62, 65, 66, 68, 69, 72, 77, 79, 80, 83, 84, 85, 86, 88, 89, 90, 93, 94, 97, 110, 112 bis einschl. 117, 128, 138, 144, 148, 152 (letztere beiden s. Ers.-Inf.-Regt. v. Reinhard), 156, 159, 163, 164, 165, 166, 168, 169, 170, 171, 173, 174, 176, 186, 187, 189, 190, 330, 336 und Infanterie-Regiment Runge. — Regiment v. Kurnatowski der Truppenabteilung Esebeck. — Reserve-Infanterie-Regimenter Nr. 1, 2, 6, 7, 13, 17, 18, 19 (s. auch Inf.-Regt. Nr. 336), 24, 27, 48, 56, 59, 61, 64, 65, 68, 69, 79, 80, 83, 87, 91, 92, 94, 109, 116, 201, 202, 205, 210, 211, 219, 237, 239, 240, 249, 252, 253, 256, 257, 258, 262, 265, 270. — Ersatz-Infanterie-Regimenter Königsberg I und II (ersteres s. auch Ers.-Inf.-Regt. v. Nußbaum), Gropp, Keller, v. Nußbaum und v. Reinhard. — Landwehr-Infanterie-Regimenter Nr. 1 (s. auch Ers.-Inf.-Regt. Königsberg II), 2, 4, 12 (s. Landw.-Inf.-Regt. Tietz), 15, 18, 23, 24, 25, 31, 32, 33, 35, 36, 39, 46, 48, 53, 76, 77, 83, 84, 87 (s. Res.-Inf.-Regt. Nr. 17), 116 und Tietz. — Landwehr-Ersatz-Infanterie-Regiment Nr. 5. — Brigade-Ersatz-Bataillon Nr. 34. — Landwehr-Brigade-Ersatz-Bataillon Nr. 10 (s. Landw.-Ers.-Inf.-Regt. Nr. 5). — Landsturm-Infanterie-Bataillone I Breslau, II Cassel, I Cöln, II Cottbus, Crossen, I Deutsch-Eylau, Eisenach, Gnesen (s. Inf.-Regt. Runge), I Insterburg, III Königsberg, II Lauban, Naugard (s. Inf.-Regt. Runge), Rastenburg, I Saarlouis (s. Regt. v. Kurnatowski), I Tilsit (s. Ers.-Inf.-Regt. v. Nußbaum). — Landsturm-Infanterie-Ersatz-Bataillone: 6. Beuthen O.-S., 4. Cassel, 24. Flensburg, 16. und 28. des VII. und 1. des XX. Armeekorps (1. Allenstein). — Jäger-Bataillone Nr. 3, 5; Reserve-Bataillone Nr. 3, 11. — Festungs-Maschinengewehr-Abteilungen Nr. 2 (Thorn) und Nr. 8; Festungs-Maschinengewehr-Zug Nr. 131 (s. Inf.-Regt. Nr. 72).

Kavallerie: Kürassiere Nr. 2, 5; Dragoner Nr. 1, 6 (s. Komb. Kav.-Regt. der 1. Garde-Inf.-Division), 16 (s. Res.-Kav.-Regt. Nr. 49); Husaren Nr. 15; Ulanen Nr. 5, 8 (s. Ers.-Kav.-Regt. Nr. 1 des I. Armeekorps), 10, 12 (s. Ers.-Kav.-Regt. Nr. 1 des I. Armeekorps); Jäger zu Pferde Nr. 3; Kombiniertes Regiment der 1. Garde-Infanterie-Division; Reserve-Regiment Nr. 49; Reserve-Abteilung Nr. 49 (s. Res.-Kav.-Regt. Nr. 49); Ersatz-Regiment Nr. 1 des I. Armeekorps.

Feldartillerie: Regimenter Nr. 2, 4, 11, 22, 46, 52, 53, 69, 84, 107; Reserve-Regimenter Nr. 36, 46, 60, 65, 67; Gebirgs-Kanonen-Batterie Nr. 2.

Fußartillerie: 2. Garde-Regiment; Regimenter Nr. 8, 16, 20; Reserve-Regimenter Nr. 5, 10, 16; 1. Landsturm-Bataillon des III. und Landsturm-Bataillon des XX. Armeekorps.

Pioniere: Regimenter Nr. 18, 31, 36; Bataillone: I. und II. Nr. 1, II. Nr. 2, I. Nr. 3, II. Nr. 4, I. und II. Nr. 6, I. und II. Nr. 14, I. Nr. 16, I. Nr. 17, II. Nr. 28 (s. Pion.-Regt. Nr. 31); Reserve-Bataillon Nr. 33; Kompagnien Nr. 99, 185. Scheinwerferzug Nr. 229. Minenwerfer-Abteilung des IV. Reservekorps; Leichte Minenwerfer-Abteilungen Nr. 209 und 248; Mittlere Minenwerfer-Abteilungen Nr. 104 und 163; Schwere Minenwerfer-Abteilung Nr. 8.

Verkehrstruppen: Eisenbahn-Betriebskompagnie Nr. 10. Fernsprech-Abteilung des IV. Armeekorps; Reserve-Fernsprech-Abteilung Nr. 26. Etappen-Kraftwagenpark Nr. 1; Etappen-Kraftwagenkolonnen Nr. 24 und 31.

Munitionskolonnen: Reserve-Infanterie-Munitionskolonne Nr. 48; Reserve-Artillerie-Munitionskolonne Nr. 7 des I. Reservekorps.

Sanitäts-Formationen: Sanitäts-Kompagnie Nr. 2 des V. und Nr. 1 des VIII. Armeekorps.

Arbeits- und Armierungs-Formationen: Arbeitskommando der 66. Infanterie-Brigade.

Bewachungskommando des Gefangenenlagers Cassel.

Kriegsbekleidungsämter.

Sächsische Verlustliste Nr. 168.

Aus dem Gerichtssaal.

Mannszucht im französischen Heere. Daß man auch im französischen Heere bestrebt ist, die Mannszucht mit aller Strenge aufrecht zu erhalten, das ergibt sich aus einer von der „Nordd. Allg. Ztg." veröffentlichten Liste von Kriegsgerichts-Urteilen. Die Kriegsgerichte in Lyon, Rouen und Bordeaux haben im Monat Juni 147 Urteile gefällt wegen Desertion, Unbotmäßigkeit, Trunkenheit, Diebstahl usw. Die erkannten Strafen bewegen sich zwischen zwei Monaten und 4 Jahren Festungshaft.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling.
Verleger: Th. Schwartz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.